

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis pr. Nummer: 10 Pf.  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. (incl. Post- und  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.). Post-  
 Abonnement: 1,30 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7876.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren:**  
 beträgt für die sechsgepalte Kolonne  
 je Zeile ober dem Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inzerate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Vernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.

Donnerstag, den 30. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Vernsprecher: Amt 1. Nr. 5121.

### Der unschuldige Tirpitz.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des neuen Marineplans durch den „Vorwärts“ hat sich Herr v. Tirpitz dazu verstehen müssen, in der Budgetkommission des Reichstags Rede zu stehen. Er entschloß sich in seiner Verlegenheit, den Raiben und Unschuldigen zu spielen: Was sei denn an der ganzen Sache! Er habe ja schon 1900 angekündigt, daß die abgelehnten Auslandsschiffe nachgefordert werden würden. Der Erlaß, den der „Vorwärts“ veröffentlicht, hätte ganz gut auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht werden können.

In der That drückt denn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Erlaß des Herrn Tirpitz in ihrer letzten Nummer ab — und zwar merkwürdiger Weise genau in der Form des „Vorwärts“-Abdrucks! Das Regierungsblatt fügt außerdem in aller Harmlosigkeit hinzu:

Die vorstehende Verfügung beauftragt die Departements und Abteilungen des Reichs-Marineamts, in die Vorarbeiten einzutreten für die im Winter 1904/05 seitens der verbündeten Regierungen zu stellende Nachforderung der seiner Zeit abgelehnten Auslandsschiffe. Darüber, daß im Winter 1904/05 eine derartige Vorlage in Aussicht genommen war, deren finanzielle Konsequenzen zuerst im Staatsjahr 1906/07 eintreten würden, ist seitens der Regierungsvorrede im Plenum des Reichstags gelegentlich der Beratungen des Flottengesetzes nie ein Zweifel gelassen worden.

Es ist nun sehr anerkanntswert, wenn das Organ durch Abdruck die Authentizität des Erlasses bestätigt und alle Welt, wenn auch verspätet, über die neue drohende Gefahr aufklärt. Aber es bleibt unverständlich, warum die „N. A. Z.“, nachdem sie sich einmal zu der Devise entschlossen, daß ehlich am längsten währe, nicht die Aufklärungsarbeit ganz vollzieht und sich damit begnügt, lediglich mitzuteilen, was der „Vorwärts“ schon früher bekannt gegeben hat.

In dem Erlaß, wie wir ihn mitteilten, finden sich nämlich sehr wichtige Lücken. Einmal fehlt das Tableau der in Aussicht genommenen Indienststellungen der Auslandsschiffe und der heimischen Schiffsflotte, zweitens wird die Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstbereiten Schiffe verschwiegen. Wenn es Herrn Tirpitz und der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ Ernst damit ist, das deutsche Volk rechtzeitig über die neuen Marinepläne zu unterrichten, so mögen sie schleunigst die erwähnten Lücken ergänzen und bekannt geben und folgende Fragen beantworten:

1. Wie groß ist der Zahl nach die geplante Indiensthaltung der Auslandsschiffe, wie sie die Flottenvorlage von 1904/05 bringen soll? Insbesondere wäre es von allgemeinem Interesse, zu erfahren, wie hoch sich die Zahl der in Ostasien zur Verwendung gelangenden Schiffe stellen wird.

2. Wird sich die geplante Vermehrung der Auslandsschiffe mit den Forderungen der ursprünglichen Regierungsvorlage von 1899/1900 begnügen oder wird sie über die damaligen Forderungen noch hinausgehen?

Uns sind hinsichtlich beider Fragen allerlei Mitteilungen zugegangen, wir wollen aber diesmal dem Wunsche des Herrn v. Tirpitz Rechnung tragen und dem Regierungsblatt Gelegenheit geben, vor dem „Vorwärts“ unsere bisherigen Mitteilungen zu ergänzen. Man fülle also die Lücken aus!

Zugleich wird man bis zu der vollständigen Aufklärung über die neue Flottenvorlage durch die „N. A. Z.“ den dreifachen Versuch unternommen müssen, als ob das Verhalten des Staatssekretärs der Marine bei den Verhandlungen über die Flottenvorlage ganz korrekt gewesen sei. Wenn sich die Presse der Marineverfechter über unsre der Wahrheit dienenden, im Interesse der inneren Sicherheit des deutschen Volkes erfolgte Veröffentlichung wütend und lächerlich lachend aufregt, so begreift sich das leicht; unsre rechtzeitige Veröffentlichung bedeutet für die Marineverfechter eine Geschäftsförderung, und darum müssen sich die Industriellen des Geistes empören. Mögen die Draven schimpfen und heulen!

Anderes steht es mit den offiziellen Verlautbarungen, die Geständnisse des Erlasses als ganz unschuldiger Natur hinzuzusetzen. Herr v. Tirpitz hat in der Budgetkommission eine neuerliche Korrespondenz mit dem Reichs-Schatzsekretär zu seiner Entschuldigung verlesen. Wir verstehen nicht, was jenes Schreiben zur Entlastung beibringen soll. Aus jenem Brief erhebt sich nur, daß Herr v. Tirpitz die falsche Taktik verfolgt, in den nächsten Jahren recht sparsam zu wirtschaften, um dann im Jahre 1904 für seine neue Marinevorlage recht viel Vertrauensseligkeit zu finden.

Auch das ist von minderer Bedeutung, daß Herr v. Tirpitz die abgelehnten Auslandsschiffe nachfordern wird. Schließlich wäre auch daraus kein moralischer Vorwurf gegen ihn zu erheben, wenn er bei dieser Gelegenheit gleich mehr Schiffe fordern würde, als er 1899 verlangte.

Worauf es vielmehr in erster Linie ankommt, das ist die in dem Erlaß ausgesprochene schwere Selbstbezichtigung, daß er 1899, um die Flottenvorlage zu erlassen, absichtlich die Kosten der gesamten Indiensthaltung zu niedrig angelegt habe, weil bei Angabe der wirklich nötig werdenden Summen man dem Reichstag nicht das Märchen hätte anbinden können, die Marinevorlage würde ohne neue Steuern durchgeföhrt. Leider hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den entscheidenden Satz des Erlasses nicht durch den Druck hervorgehoben:

„Eine (dem jährlichen Bauteil) parallel laufende planmäßige Steigerung der Indiensthaltungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Aufbau der Schiffsflotte, müßte in den Berechnungen vorläufig außer acht gelassen werden, da eine dem anwachsenden Schiffsbestande entsprechende Steigerung

der Indiensthaltungen für die Jahre 1905—1910 so hohe Bedarfszahlen für die „fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolge dessen aufs äußerste gefährdet worden wäre.“

Die Regierungsvorlage rechnete — einschließlich der dann abgelehnten Auslandsschiffe — mit einer Vermehrung der Kosten für Indiensthaltungen in der Höhe von sechs Millionen jährlich. Diese Summe war, wie Herr v. Tirpitz jetzt in dem Erlaß zugestehet, offensichtlich viel zu niedrig angelegt, weil, wenn man ehlich die Wahrheit gesagt hätte, selbst das Centrum vor der Höhe der Kosten und den neuen Steuern zurückgeschreckt wäre. Schlimmer hat niemals eine Regierung das Vertrauen der Volkvertretung mißbraucht. Hinter dem Schirm zuverlässiger, ehrbarer Sachverständigkeit hat man die Wahrheit, die man wohl kannte, offensichtlich entstellt! Es ist vergeblich, wenn man jetzt so thut, als ob die höheren Kosten für Indiensthaltungen lediglich durch die Forderung der abgelehnten Auslandsschiffe bedingt seien. Nein, jene Verifikation, daß es sich um eine jährliche Steigerung von sechs Millionen handle, beruhte ja bereits auf der Vorandienung der Bewilligung der Auslandsschiffe. Man hat eben die Zahl wider besseres Wissen zu niedrig angegeben. Das ist der unerhörte Machabellismus der Marineverwaltung, von dem wir gestern sprachen und kein Versuch des Abwehlens und Sich-Unschuldig-Stellens wird die Macht dieser Tirpitzschen Selbstanlage abschwächen.

Der angeführte Satz war es auch wohl, der die Musterredaktion der „Deutschen Tageszeitung“ veranlaßte, obwohl die Erklärung des Herrn v. Tirpitz bereits vorlag, sich so zu stellen, als ob sie den Erlaß für unecht hielte: „Den Wortlaut des angeblichen Erlasses abgedruckt, versagen wir uns — so schrieb das agrarische Blatt noch am Mittwochabend — weil in ihm einige Ausdrücke und Wendungen vorkommen, die bei einer Reichsbehörde so ungewöhlich sind, daß wir vorläufig an die Wahrheit des Erlasses nicht glauben können.“ — In der That, jene Ausdrücke und Wendungen, in denen sich das Reichs-Marineamt selbst beschuldigt, den Reichstag überdölpelt zu haben.

Was die Kosten der neuen Marinevorlage betrifft, so werden sie sehr erheblich sein. Allein die damals abgelehnten Auslandsschiffe werden ca. 100 Millionen Baukosten beanspruchen. Dazu kommen nur die wirklichen Kosten der vermehrten Indienststellungen, aber deren Höhe man ja dann den Reichstag nicht mehr wird täuschen können. Außerdem hat man damit zu rechnen, daß die Zahl der Auslandsschiffe noch größer sein wird, als 1900 abgelehnt wurden. Kurz, es wird eine neue große Flottenvorlage werden, die weit über 100 Millionen erfordert wird.

Verabsichtigt war, dasselbe Spiel wie bei den früheren Flottenvorlagen zu wiederholen. Das erste Flottengesetz von 1898 wurde kurz vor den Wahlen durchgedrückt. Niemand dachte daran, daß sich der neue Reichstag kurz nach den Wahlen mit neuen riesigen Flottenforderungen beschäftigen würde. Mit dem jetzigen Plan wollte man das Volk wieder nach den Wahlen überfahren.

Unsre rechtzeitige Veröffentlichung hat diese Ueberlistung vereitelt. Man weiß jetzt, was uns bevorsteht. Und die nächsten Wahlen werden bereits unter dem Zeichen des neuen Flottengesetzes stehen. Die romantische See- und Weltpolitik steht erst an ihren Anfängen. Es wird Sache des deutschen Proletariats sein, diesem Treiben einer der Rechte des Reichstags mißachtenden Regierung, dieser gefährliche Abenteuer provozierenden und das Volk schwer belastenden Cloirepolitik Einhalt zu gebieten.

Der „Germania“, das Organ des eigentlich leidtragenden Centrums, schreibt ergötzt:

„Daß das Reichs-Marineamt die in dem letzten Flottengesetz abgelehnten Auslandsschiffe in einer Novelle nachfordern werde, kann nicht so sehr überraschen; es zeigt sich damit nur der Gefahr aus, daß die geplante Auslandsschiffen abermals abgelehnt wird. Dagegen macht es einen sehr peinlichen Eindruck, daß das Reichs-Marineamt in dem zuletzt wiedergegebenen Abschnitt betreffs der Steigerung der Indiensthaltungen für die Jahre 1905—1910 zugiebt, den Reichstag getäuscht zu haben, indem es befristete, eine wahrheitsgemäße Berechnung dieser Steigerungen werde eine so große Steigerung der fortdauernden Ausgaben ergeben, daß damit die Flottenvorlage hätte gefährdet werden können, weil sie dann ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen wäre. Das ist eine sehr bedenkliche Taktik, und sobald der Marine-Etat im Reichstag zur Verhandlung kommt, wird das Reichs-Marineamt darüber Rede und Antwort stehen müssen.“

Die „Freisinnige Zeitung“ fährt u. a. aus:  
 „Die Budgetkommission war bei Beratung des Flottengesetzes um so mehr veranlaßt, die Steigerung der fortdauernden Ausgaben bis 1910 um jährlich 6 Millionen Mark als zuverlässig anzunehmen, als in der Begründung des Gesetzentwurfs ausdrücklich hervorgehoben ist, daß man die Steigerung der fortdauernden Ausgaben bemessen hatte nach der Höhe, auf welche die Ausgaben für das Militärpersonal und die Indiensthaltung vorläufiglich anwachsen würden. Zur Beglaubigung dieser Berechnung sind dann noch besondere Tabellen beigelegt, insbesondere auch eine Berechnung für den voraussichtlichen Geldbedarf für die Indiensthaltung nach vollständiger Ausführung des Flottenplanes im Jahre 1920. Und nun soll dies „vorläufig“ alles falsch gewesen sein und die Zahlen deshalb niedriger angegeben, weil andernfalls die Vorlage vom Reichstag nicht angenommen worden wäre. Welcher Berechnung des Reichs-Marineamts soll künftig nach diesen Erfahrungen der Reichstag noch Glauben schenken? Wie kann man nach alledem noch Vertrauen zu dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts haben?“

### Die neue Marinevorlage in der Kommission.

In der Budgetkommission des Reichstags interpellierte Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) vor Eintritt in die Tagesordnung den Staatssekretär v. Tirpitz wegen des im „Vorwärts“ veröffentlichten Erlasses des Reichs-Marineamts vom 6. Januar 1902 betreffs Vermehrung der Indienststellung, sowie betreffs Vergrößerung der Auslandsschiffe.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, der Entouss sei authentisch. Er behaupte zwar, daß der Erlaß entworfen worden sei, er erkenne aber nicht an, daß in demselben irgend etwas Verhängliches enthalten sei. Der Erlaß hätte ruhig in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht werden können. Eine erhebliche Verstärkung der Auslandsschiffe sei erforderlich. Eine solche Forderung habe er für 1905/1906 schon bei der Beratung des letzten Flottengesetzes angekündigt.

Abg. Veiel (Soz.) rät, solche Erlasse in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ zu publizieren, denn sonst würden sie doch im „Vorwärts“ erscheinen.

Abg. Müller-Gulda (C.) bestritt auf das entschiedenste, daß eine weitere Nachforderung für die Marine (bezüglich der Auslandsschiffe) für die Zeitungsdienst des Flottengesetzes vom Staatssekretär angekündigt worden sei. Im Gegenteil seien derartige Befürchtungen vom Regierungsoffizial aus als gegenstandslos bekämpft worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die Beratung über den Etat von Kiautschou fortgesetzt. Auf die Anfrage, ob die Beamten in Kiautschou zu besonderer Verschwiegenheit über ihre außerdienstlichen Erfahrungen verpflichtet würden, erklärte Staatssekretär v. Tirpitz, daß die Beamten nur über Dienstgeheimnisse Verschwiegenheit zu bewahren hätten. — Abg. Hoffmann-Hall (libd. Sp.) befragte die Einföhrung chinesischer Hauschweine nach Deutschland, die Chinesen leisten in Schweinezucht das Höchste.

Nach längerer Diskussion wird ein Antrag Müller-Gulda (C.) mit großer Mehrheit angenommen, der die Hälfte der Nachforderung für (bereits) Mannschaften, sowie eine entsprechende Vermehrung der Ladest. zugeht.

Für die Chinesentruppe wird auf Antrag Müller-Gulda (C.) gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Freisinnigen Volkspartei die Hälfte des geforderten Betrages von 55 000 Mk., also 27 500 Mk. bewilligt; ebenso die Verstärkung der Patrosenartillerie. Bei den fraglichen Positionen wurden insgesamt 119 603 Mk. 50 Pf. abgesetzt. Im übrigen wird der Etat unverändert genehmigt.

Bei der Begründung der Deutschs. betreffend die Entwicklung des Kiautschou-Gebiets regt

Abg. Prinz Krenberg (C.) die Errichtung eines Lehrstuhls für Kolonialrecht an einer deutschen Hochschule an, indem er daran hinweist, daß die heutige Vorbildung der Kolonialjuristen unzureichend sei.

Im gleichen Sinne äußert sich der Abg. Dr. Gasse (natl.). Die Abg. Stachoff (fr. Sp.) und Müller-Sagan (fr. Sp.) bemängeln die Angaben der Deutschs. bezüglich des Handels und Verkehrs.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, die Handelsübersicht der Deutschs. beziehe sich nur auf den Transitverkehr, der eigne Verbrauch des Schutzgebietes sei nicht einbezogen. Der Umsatz sei von fünf Millionen auf vierzehn Millionen im letzten Berichtsjahre gestiegen. Eine Ueberblick über die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs zu geben, sei das Marineamt nicht in der Lage, da die Bahnen sich im Privatbesitz befinden. Doch könne er privatim mitteilen, daß die Frequenz sich erheblich gesteigert hat. Auch bei der Erschließung von Hongkong habe es lange gedauert, ehe sich der Handel entwickelt hat. Noch nach zehn Jahren sei in England angeregt worden, Hongkong als aussichtslos anzugeben.

Der Staatssekretär griff sodann auf die vor der Tagesordnung behandelte Veröffentlichung des „Vorwärts“ zurück und verlas aus den Verhandlungen des Reichstages vom 6. Juni 1900 seine Erklärungen betreffs der Auslandsschiffe. Schon damals sei eine Vermehrung derselben als notwendig bezeichnet worden. Diesen Standpunkt habe er auch in der Folgezeit vertreten. Inn Weisheit, daß der Erlaß nichts Besonderes enthalte, teilt der Staatssekretär aus einer Korrespondenz, die er mit dem Reichs-Schatzsekretär geführt hat, eine Stelle mit, die sich auf die zum diesjährigen Marine-Etat gegebene Vorbemerkung bezieht. Die Stelle lautet:

„Ich bin der Ansicht, daß Ziffer 1 und 2 der Bemerkung politisch günstig wirkt und mir die Durchbringung des Etats erleichtert. Vom rein finanziellen Standpunkt dürften um so weniger Bedenken gegen die Bemerkung vorliegen, da dieselbe, einmal angenommen, in den nächsten Jahren wiederholt werden muß und dadurch einen außerordentlich starken Druck auf die Marineverwaltung ausübt, mit den Anschlägsummen des Kommissionsberichts auszukommen. Wenn dies bis zum Etat 1905 einschließlich d. h. dem letzten Etat vor der Novelle betreffend die Auslandsschiffe gelingt, wird das Reichs-Marineamt nach meiner Ansicht mit Befriedigung auf die Verwaltung der letzten fünf Jahre zurückblicken können. Bisher ist bei größeren Marinevorlagen ein derartiges Innehalten der ursprünglichen Anschlagsummen noch nicht möglich gewesen. Es wird auch in diesem Fall nur möglich sein, wenn die planmäßige Entwicklung auf dem Gebiete der Indiensthaltungen keine Unterbrechung erfährt und keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten.“

Der Staatssekretär schließt seinen Ausführungen die Hoffnung an, daß diese Angaben eine Vermehrung der Bevölkerung verhindern werden.



Abg. Dr. Müller-Sogon (fr. Sp.) ist im Gegenteil der Meinung, daß die Mitteilungen des Staatssekretärs betreffs der gesteigerten Indiensthaltung sowohl wie betreffs der gesteigerten Vermehrung der Auslandschiffe **allgemein alarmierend wirken würden**. Der Staatssekretär habe doch nur aus der Korrespondenz mit dem Reichs-Schöpsant nachgewiesen, daß er mit Hochdruck auf eine neue Marineneuolle hinarbeite.

Abg. Bebel (Soz.) wünscht die Erklärung des Staatssekretärs zu Protokoll gegeben.

Graf Oriola (natl.) erklärt, die Nationalliberalen hätten lebhaft bedauert, daß 1900 die Auslandschiffe gestiegen seien. Auch heute erachten sie eine Vermehrung für dringend geboten.

Abg. Müller-Gulda (C.) bestreitet, daß die Erklärungen des Staatssekretärs oder die Verhandlungen des Reichstags irgend wie auf die erhöhte Indiensthaltung oder auf eine Vermehrung der Auslandschiffe über den Rahmen des Flotten-gesetzes hinaus hinausgelaufen seien. Der Reichstag habe sich in keiner Weise gebunden. **Wenn die Liste nur festbleibe, würden keine Auslandschiffe bewilligt werden.**

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Auswärtiges Amt und Reichsamt des Innern.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

### Der erste Schwerinntag.

Der Reichstag, der am Mittwoch seinen ersten Schwerinntag in der laufenden Session abhielt, konnte Klagen der Freunde hören; er hat es erreicht, daß die Regierung ihre nennlich noch vom Grafen Bülow verteidigte Nichtachtung der Initiativanträge des Reichstages gegenüber aufzugeben und Vertreter zu den Beratungen entsandt hat. Zahlreiche Bundesratsbevollmächtigte der Einzelstaaten hatten sich mit dem preussischen Unterstaatssekretär Nothe eingefunden, und später, zur Beratung des Toleranzantrages, erschien in Vertretung des Reichslanzlers Graf Posadowsky, der sogar, ebenso wie beim Antrag Wassermann der Ministerialdirektor Caspar, in die Debatte eintritt. Nur bei der wichtigsten Materie, dem Wahlrechtsantrag, verharrete die Regierung in eifrigem Schweigen.

Das Haus machte fleißige Arbeit. Der Antrag Wassermann auf Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte wurde einer 14-gliedrigen Kommission überwiesen, der Ridert-Gröbersche Antrag auf Forderung des Wahlgesetzes sogar gleich in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Da es alte Bekannte waren, so verlief die Debatte verhältnismäßig kurz.

Zum Antrag Wassermann machte Ministerialdirektor Caspar die entgegenkommende Mitteilung, daß dem Hause in nächster Zukunft ein Gesetzentwurf zugehen werde, der diese Materie regelt. Von unserer Partei sprach Rosenow, der den Anstoß der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbevereine empfahl und für die Kommissionsberatung Erweiterungsanträge in Aussicht stellte. Namentlich verlangte er passives und aktives Wahlrecht für die Handlungsgehilfen und -Gehilfen vom 21. Lebensjahre an. Bemerkenswert mag werden, daß von den Herren Antifeministen, die sich stets besonderen Eifers für die Interessen der kaufmännischen Angestellten rühmen, niemand es für nötig befand, ein Wort zu dieser Debatte zu sagen.

Der Antrag Ridert-Gröber, der durch Einführung amtlicher Wahllokalen und besonderer Isolierkammern für die Stimmabgabe das Wahlgeheimnis sichern will, wurde vom Abg. Dr. Barth begründet. Namens des Centrums erklärte Abg. Kirch sein Einverständnis, während der Reichsparteiler Herr v. Tiedemann, wie schon neulich, die öffentliche Stimmabgabe als eine Kompensation für die Bewahrung von Vätern verherrlichte.

Unser Genosse Auer gab aus dem reichen Schatz der Erfahrungen, die er als Mitglied der Wahl-Prüfungskommission gesammelt hat, einige besonders charakteristische Beispiele von Wahlbeeinflussungen und Wahlmanipulationen zum besten. Besonders den Herren auf der Rechten war bei seiner auf unvorderleglichem Material beruhenden Rede nicht wohl zu Mute, während die Linke über mancherlei komisch-rassinierte Heldenthaten des Patriotismus in Heiterkeit ausbrach.

Der konservative Herr von Ledebow bekannte sich natürlich als Gegner einer Sicherung des Wahlgeheimnisses.

In seinem Schlusswort gab der freisinnige Herr Dr. Bachmiz dem beabsichtigten Bedauern darüber Ausdruck, daß die heute so gefällige Regierung gerade zu dieser Sache nicht das Wort genommen habe.

Es folgte die zweite Beratung des bekannten Centrums-Toleranzantrages, über den die Kommission nach langen Beratungen dem Hause einen umfangreichen Bericht erstattet hat. Zum § 1, der die prinzipielle Freiheit des Religionsbekenntnisses und der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften auspricht, lag ein nationalliberaler Zusatzantrag Hieber vor, wonach der Erlaß von Gesetzen zur Durchführung dieser Grundzüge bis zur Vorlegung eines Reichsgesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten sein soll.

Der erste Redner, Abg. Schrader von der freisinnigen Vereinigung, machte darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen des § 1 wörtlich der preussischen Verfassung entnommen seien. Abg. Dr. Hieber machte von der Annahme seines Amendements die Zustimmung seiner Freunde zum § 1 abhängig.

Die Erklärung, die Graf Posadowsky abgab, unterschied sich von der vom Grafen Bülow bei der ersten Lesung geltend gemachten Auffassung, daß die Regelung der Materie den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müsse und ein reichsgesetzlicher Eingriff ausgeschlossen sei, immerhin erheblich. Der Reichslanzler hat sich zur Befestigung der einzelstaatlichen Ungleichheiten auf konfessionellem Gebiete bundesfreundlich mit den Einzelstaaten verständigt und bereits Erfolge auf diesem Gebiete errungen. Sowohl Mecklenburg wie Braunschweig haben Gesetze vorgelegt, die den Katholiken mehr als bisher entgegenkommen, und nur Sachsen steht noch aus.

Die Bundesratsdeputierten der beiden ersten Staaten bestätigten dem Staatssekretär diese ihre tolerante Centrumsfreundlichkeit. Das Centrum war ob so großer Gnade entsetzt, und Herr Dr. Wachem gab seinem überquellenden Dankesgefühl in einer großen Rede Ausdruck.

Den Standpunkt unserer Partei kennzeichnete Genosse Kunert. Er legte unsere prinzipielle Forderung der Trennung von Kirche und Staat dar und sprach sich danach für den Kommissionsantrag, aber gegen den partikularen Zusatz Hieber aus. Da die freie Religionsübung der Dissidenten in dem Centrumsantrag nicht garantiert sei, so könne die Socialdemokratie in dieser Art von „Toleranz“ keinen Fortschritt erblicken.

Darauf wurde die Debatte vertagt bis zum nächsten Schwerinntag. Donnerstag steht die Brauntweinsteuer-Novelle auf der Tagesordnung.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch zunächst in zweiter Lesung den Etat der G e s t ü t s v e r w a l t u n g. In der Debatte übte Abg. K o p s c h (fr. Sp.) Kritik an den Zu-

ständen auf dem Gestüt Trakehnen, insbesondere der dortigen Schule und der mangelnden Fürsorge für die Witwen der dort beschäftigten Arbeiter. Die Beschwerden, die offenbar den Herren auf der Rechten sehr un bequem waren, wies der Minister als unbegründet zurück.

Hierauf setzt das Haus die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die zu dem Titel „Minister“ gehaltenen Reden entbehren jeglichen Interesses für die Allgemeinheit. Da die Herren noch vieles auf dem Herzen haben, was sie bei diesem Titel vorbringen wollen, so wurde dem Minister sein Gehalt noch nicht bewilligt.

Donnerstag: Fortsetzung. Vorher kleinere Vorlagen. —

### Noch eine Liebesgabe für die Spiritusbrenner.

Je mehr man sich in das Brauntweinsteuer-Gesetz vertieft, um so mehr entdeckt man die Schönheiten, die es für die Brenner hat. Neben der großen Liebesgabe, die durch die 20 Mark Steuerdifferenz zwischen dem kontingentierten und dem nichtkontingentierten Spiritus besteht und jährlich 42 Millionen Mark den Brauntweinstreuer auf Kosten der Brauntweintrinker liefert, bestehen noch verschiedene kleinere, aber darum nicht minder reizvolle Liebesgaben. Da ist zunächst die versteckte Export- und Denaturierungsprämie! Die offene wird aus den Erträgen der Brennsteuer bezahlt oder richtiger wurde bis Juli vorigen Jahres bezahlt. Seitdem die „Verbesserung“ des Gesetzes, die die Brenner ersehnten, an der Beschlussfähigkeit des Reichstags an jenem schlimmen Mittage 1901 verfrachtete, kam die Brennsteuer zu Fall; sie wird seit 1. Oktober vorigen Jahres nicht mehr erhoben und seit Anfang Juli vorigen Jahres gibt es infolgedessen keine offene Export- und Denaturierungsprämie. Auch diese offene Prämie, die pro Hektoliter 6 M. betrug, wird in letzter Linie vom Brauntweintrinker bezahlt, die Brennererei verlegen sie nur und zwar derart, daß die Großbetriebe zu einem höheren Prozentsatz herangezogen sind wie die kleineren.

Neben dieser offenen gibt es aber noch eine versteckte Export- und Denaturierungsprämie, die auch nach Fortfall der Brennsteuer, also auch jetzt, bezahlt wird und zwar vom Reich auf Kosten der Brauntweintrinker und der Brennspiritus-Konsumenten. Diese versteckte Prämie beruht darauf, daß die Maßraumsteuer mit 16 M. pro Hektoliter Spiritus berechnet, das heißt beim Verkauf von Trink- wie Brennspiritus vom Käufer bezahlt wird. In Wirklichkeit hat aber der Brenner gar nicht 16 M. pro Hektoliter Spiritus für Maßraumsteuer bezahlt, vielmehr wird jetzt, infolge der technischen Fortschritte in der Brennererei, aus dem Maßraum nicht, wie bei Schaffung des Brauntweinsteuergesetzes angenommen wurde, 8 1/2 Proz. Spiritus gewonnen, sondern 11 1/2 und 12 Proz. Dadurch bekommt der Staat nicht etwa pro Hektoliter Spiritus 16 Mark, sondern nur 11 Mark, in weniger gut geleiteten Brennerereien höchstens 12 Mark. Er zahlt aber dem Brenner für den denaturierten oder exportierten Spiritus 16 Mark pro Hektoliter zurück, folglich 4—5 Mark mehr als er erhielt, so daß diese 4—5 Mark pro Hektoliter Spiritus eine versteckte Liebesgabe bilden.

Anßerdem gibt es aber noch eine versteckte Liebesgabe, die bis jetzt bei allen Diskussionen über die Brauntweinsteuereuvelle noch nicht in das gebührende Licht gesetzt wurde.

Der Brenner bezahlt nämlich die Maßraumsteuer nicht in bar, sondern sie wird ihm in den meisten Fällen gestundet. Es genügt, daß er Effekten beim Steueramt hinterlegt! Befragt er solche nicht, so unterschreibt er einen Wechsel beim Bankier und dieser hinterlegt dann gegen eine kleine Provision von 1/2 Prozent pro Jahr die Effekten für den Brenner beim Steueramt; die Stundung geschieht alsdann zinsfrei auf 6 Monate!

Sobald nun der Brenner den Spiritus an die Centrale oder im freien Markt verkauft, erhält er bei Ablieferung sofort den Preis einschließlich der 16 Mark Steuer ausbezahlt. Er veräußert also seine Kartoffeln nicht nur gegen Barzahlung, sondern erhält noch 16 Mark dazu, von denen er nach 6 Monaten nur 11—12 M. und zwar ohne Zinsen zurückzugeben hat!

So kommt es, daß die Spiritusbrennerei für Landwirte ohne Kapital eine Kreditquelle ist, die sie nun so stark wie ihr Kumpfbedürfnis ist, anbohren. Nur um diesen Staatskredit zu erlangen, brennt mancher, der sich sonst keinen Kredit mehr verschaffen kann, stärker als er es sonst gethan hätte, wenn er die Rentabilität des Brennens in Berechnung ziehen würde. So wäre z. B. in diesem Jahre bei der Ueberproduktion von Kartoffeln und Spiritus es weit rentabler, die Kartoffeln direkt als Viehfutter zu benutzen! Aber ehe das Vieh gemästet und verkauft ist, vergehen viele Monate und dann bekommt der Landwirt im Viehpreise nur seine Kartoffeln und die Spesen bezahlt, während er bei der Spiritusproduktion noch außerdem auf 6 Monate pro Hektoliter 16 M. zinsfrei vom Staate geborgt bekommt und dann nur 11—12 M. zurückzahlen hat! So stutet, sobald die Brennererei im Gange ist, das Geld hinein — durch den Erlös für den Spiritus, durch die 20 Mark-Liebesgabe und durch den 16 Mark-Bump!

Im Frühjahr kommt dann die Rückseite der Medaille zum Vorschein! Im März und April beginnt die Rückzahlung des Steuerkredits! Da inzwischen diese gepumpten Gelder verbraucht sind, ob für die Wirtschaft oder sonst wie, bleibt sich hier gleich, so muß der jetzt „notleidende“ Brenner sehen, wie er das Loch stopft, und das geschieht dadurch, daß er weiter brennt, mehr als auf dem Markt gebracht wird und mehr als ihm Kontingent zugeteilt ist, so daß er nunmehr 70 M. Steuern für den Spiritus zahlen muß — die 20 M. Liebesgabe fällt dann fort. Ob es rentiert oder nicht, es wird fortgebrennt und — fortgepumpt, bis die Ernte herein ist, aus deren Ertrag er die schuldigen Steuerzinsen zahlt.

So kommt es, daß Brennererei trotz aller Liebesgaben unrentabel arbeitet; gerade durch diese offenen wie versteckten Prämien werden sie zur Ueberproduktion und unwirtschaftlichen Verwertung ihrer Kartoffeln angereizt. Langen die eignen Kartoffeln nicht, dann kauft der Brenner fremde; ist sein eigener Viehbestand für die erzeugte Schenke zu klein, so nimmt er Vieh in Pension, er mästet fremdes Vieh. Das alles ist dem landwirtschaftlichen Brenner von dem für ihn so eifrig sorgenden Staat erlaubt — er giebt ihm Kapital, zinsfreie Gelder, zahlt ihm mehr Steuer zurück als er erhält — und hat es mit all dieser bezwickelten und versteckten Steuerpolitik nur dahin gebracht, daß die Brennererei

heute auf einer ganz ungesunden Basis beruht. Soll die Spiritusherzeugung im wirklichen Interesse der Landwirtschaft wie der Konumenten betrieben werden, dann muß diese ganze Liebesgabenpolitik beseitigt werden. Das wollen aber die Ostelbier am allerwenigsten und der Spiritus ring soll ihnen dabei helfen! Vorläufig hat er sie freilich nur noch mehr hineingeritten! —

### Der holländische Friedensvorschlag.

Die Tragweite des Friedensvorschlags, der, wie wir bereits gestern meldeten, von dem holländischen Ministerpräsidenten Ruypers der englischen Regierung gemacht worden ist, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Balfour hat sich in seiner kurzen Erklärung weder über den Inhalt der „Mitteilung der niederländischen Regierung“ ausgelassen, noch über die Haltung, die die englische Regierung ihr gegenüber einzunehmen gedenkt. Und auch Ruypers selbst hat eine Interpellation in der Ersten Kammer heute, Mittwoch, dahin beantwortet, daß er nicht in der Lage sei, über den Inhalt der niederländischen Note irgend eine Mitteilung zu machen, so lange nicht die englische Regierung den Inhalt veröffentlicht habe oder bis wenigstens eine Antwort derselben eingegangen sei, was bislang nicht geschehen sei.

Offizielle Mitteilungen liegen also nicht vor, und alles, was über den unumwundenen Inhalt der Note in der Presse kolportiert wird, beruht auf Kalkulationen und Konjekturen, deren Wahrscheinlichkeit mit ihrer Abenteuerlichkeit abnimmt.

So ist das Gerücht recht unwahrscheinlich, daß die Anregung der holländischen Regierung im Einverständnis mit dem Jaren und möglicherweise auch mit dem deutschen Kaiser und dem Präsidenten Roosevelt erfolgt sei. In Berliner politischen Kreisen wird dem auch, wie ein Blatt mitteilt, entschieden bestritten, daß Deutschland irgendwie die Linie absoluter Nicht-Einmischung verlassen habe. Nach der ganzen Haltung Deutschlands während des Transvaalkrieges, nach der schroffen Zurückweisung Krügers, nach der eigentümlichen Art, wie die Regierung die „Neutralität“ in Bezug auf deutsche Waffenlieferungen beobachtete, nach der auffallenden Verherrlichung des englischen Imperialismus endlich, in der die Ansprüche des deutschen Kaisers an den Prinzen von Wales gipfelte, erscheint eine Unterjüngung der holländischen Friedensintervention durch Wilhelm II. wenigstens ausgeschlossen. Auch die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland oder Amerika sich der holländischen Regierung als Zwischenträger bedient haben sollte, ist nicht allzu groß. Daß, wie mit ziemlicher Bestimmtheit behauptet wird, König Leopold von Belgien hinter der holländischen Anregung stehe, ist dagegen nicht unmöglich. Der gekrönte Teilhaber der Kongo-Affäre hätte allerdings am wenigsten Ursache, sich für die Beendigung der südafrikanischen Greuel besonders ins Zeug zu legen. Die Abstellung der unerhörten Kongo-Greuel läge ihm entschieden näher.

Bemerkenswert ist, daß die im Haag befindliche diplomatische Vertretung der Boerenrepublik erklärt, daß die Boerenbelegierten keinen Friedensvorschlag formuliert hätten und daß sie auch an der Einreichung der holländischen Note vollständig unbeteiligt seien. Inwiefern diese Erklärungen den Thatsachen entsprechen, mag dahingestellt sein; erklärlich ist es, daß ihr daran liegt, alles zu vermeiden, was als Eingeständnis ihrer Schwäche und des Schwindens ihrer Zuversicht gedeutet werden könnte.

Die Haltung der englischen Presse verrät natürlich die gleiche Zurückhaltung. Während die Regierungspresse einen gewissen Indifferentismus zur Schau trägt, gestehen andre Blätter ein, daß die Anregung der holländischen Regierung möglicherweise doch sehr glückliche Resultate zeitigen und die Basis eines Verständnisses abgeben könne.

Das Prophezeien ist im vorliegenden Falle eine sehr gewagte Sache. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Anregungen der holländischen Regierung kein unmittelbares Resultat haben werden. Um die Chancen der Friedensintervention richtig beurteilen zu können, müßte man über die tatsächliche Situation des Krieges genau unterrichtet sein. Da aber beide Parteien eine tendenziös gefärbte Darstellung geben, ist eine solche Kenntnis ausgeschlossen. So viel ist sicher: England wird sich nur dann zu erheblicheren Zugeständnissen bereit finden lassen, wenn es an der militärischen Niederwerfung der Boeren verzweifelt. Seine Erfahrungen mit den Boeren sind derart, daß für es jede Möglichkeit einer Wiederholung des gegenwärtig tobenden Unabhängigkeitskampfes ein furchtbares Schrecknis sein muß. Andererseits würden aber die Boeren den Kampf, den sie mit so beispielloser Zähigkeit und den furchtbarsten Opfern so lange geführt haben, nur dann aufgeben, wenn ihnen jegliche Aussicht auf einen Erfolg geschwunden wäre. Ob für die eine oder andre Partei dieser kritische Zeitpunkt gekommen ist oder in Kürze eintreten muß, läßt sich eben nicht entscheiden. Alle mehr oder minder schätzungsreichen Meinungen über die Aussichten der Friedensintervention sind deshalb nichts anderes als Stammegeherien. Man wird den Ausgang der Tragödie geduldig abwarten müssen. —

## Deutsches Reich.

### Unser Wahlsieg in Döbeln.

Das vollständige Ergebnis der Reichstagswahl in Döbeln bestätigt lediglich unsern großen Erfolg. So erhielten: Grünberg (Socialdemokrat) 11 781, Landtags-Abgeordneter Dr. Vogel-Dresden (nationalliberal) 6119 und Gutbesitzer Sachse-Kerschwig (Bund der Landwirte) 5340 Stimmen. Grünberg ist somit gewählt.

Unser Kandidat hat über 2000 Stimmen gegen die Hauptwahl 1898 gewonnen, der Konservative hat einige 60 Stimmen verloren, der Nationalliberale 195 Stimmen gewonnen.

Mit Grünberg zieht der 12. Vertreter Sachsens in den Reichstag. Im Königreich Sachsen mit seinen 28 Kreisen haben wir somit die Mehrheit der Siege erobert.

Die Protowochterpresse klagt laut über den schweren Verlust. Gleichwohl will sie es immer noch nicht wahr haben, daß unser Sieg eine Abstimmung über den Posttarif bedeutet. Man behauptet, unsere Stimmenzunahme hänge mit dem Wachstum der Industriebevölkerung zusammen. Mit Recht weist aber die „Voss. Ztg.“ darauf hin, daß die letzten Wählerfolge der Zollvereinsländer ausschließlich in überwiegend ländlichen Kreisen errungen wurden. Es kommen von den Einwohnern in:

Greifswald-Grömmen	46 185	auf die Städte	50 359	auf das Land	20 826
Wittenberg-Schöneberg	33 387	„	64 494	„	16 893
Schaumburg-Lippe	11 145	„	30 079	„	18 934
Döbeln	56 465	„	66 559	„	10 094

Zusammengefaßt wird uns aus dem Wahlsieg Döbeln-Kochwein berichtet, daß der bedeutende Zuwachs der socialdemokratischen Stimmen sich gerade auf dem flachen Lande und weniger in den Städten vollzog.

Wenn die Protowochterpresse in diesem Wahlergebnis immer noch nicht ein „Zeichen“ der durch den Posttarif erzeugten Volksstimmung sehen will, so kann uns diese Hartnäckigkeit nur anspornen, für immer neue deutliche „Zeichen“ zu sorgen.



Die königlich sächsisch erscheinende „Deutsche Tageszeitung“ erhebt in ihrem Sieg eine „sehr ernste Mahnung“. Sie fürchtet, daß wir bei den nächsten Wahlen 16 bis 18 sächsische Kreise erobern könnten, und sie erklärt: „Die Regierung aber wird in immer ernster Erwägung darüber eintreten müssen, ob sie einer solchen Entwicklung weiter mit verschränkten Armen zuschauen darf.“

Da ein Ausnahmegericht unsere Stimmenzahl sicher nicht vermindern wird, so kann das Blatt des Herrn Dertel mit dieser Mahnung nur eine Wahlrechts-Änderung meinen, obwohl Herr Dertel im Reichstag solche Absichten eben noch heftig abgelehnt hat!

Gegen den Siegeslauf der Socialdemokratie aber ist jede Regierung ohnmächtig. Er ist als notwendig bedingt durch die ganze geschichtliche Entwicklung.

**Die „Bezwingung der Obstruktion“.** Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt in einer Auseinandersetzung mit der „Rölnischen Volkszeitung“:

„Das Centrumblatt fordert uns auf, gefälligst anzugeben, wie wir uns die Bezwingung der Obstruktion dächten. Diesem Wunsch können wir nicht entsprechen. Obwohl wir die große Schwierigkeit der Sache durchaus nicht verkennen, glauben wir doch, daß es verfassungsmäßige und geschäftlich-ordnungsmäßige Mittel giebt, deren Anwendung freilich eine gewisse Energie und Entschiedenheit erfordert. Es würde aber, wie sich die „Röln. Volksztg.“ selbst sagen kann, außerordentlich kurzschichtig und unwisend sein, wenn man diese Mittel, ohne man sie an ihre Anwendung schreibt, in breiter Öffentlichkeit erörtern wollte.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ thut sehr gut, ihre Heilmittel gegen die Obstruktion vorsichtig zu verwalten. Andernfalls würden die mit außerordentlichen Mitteln in der Postarbeits-Kommission obstruierenden Agrarier zur Behinderung des ihnen drohenden Unheils zur energischen und entschlossenen Abwehr rufen.

**Die gepanzerte Faust.** Nach einer englischen Meldung aus Peking verarmelten sich die Militärlieutenanten Englands, Russlands, Frankreichs, Japans, Italiens und Oesterreichs am 25. d. Mts in Peking zu einer Konferenz, in welcher über die Frage der Herabsetzung der fremden Garnisonen im kommenden Frühjahr beraten werden sollte. Der deutsche Kommandant war nicht erschienen, hatte vielmehr brieflich mitgeteilt, daß seiner Ansicht nach diese Frage eine rein politische sei, zu deren Lösung die Militärlieutenanten nicht befugt seien; er habe in dieser Angelegenheit auch keinerlei Instruktionen von seiner Regierung erhalten.

Diese deutsche Politik des Sichergebens in Ostasien steht nur im Einklang mit dem widerrechtlichen Bau von Kasernen innerhalb der Interessensphäre des „Gouvernements“ Kiangschun und dem forcierten Bau von Auslandschiffen, den uns die heute von Herrn v. Tirpitz zugestandene Flottenvermehrung des Jahres 1904 bringen soll.

**Staatsanwaltschafts-Rat Cuy** ist, nach einer Meldung der „Volks-Zeitung“, von Berlin an die Staatsanwaltschaft in Hagen versetzt worden, woselbst er am nächsten Sonnabend seine Amtsgeschäfte übernimmt. Staatsanwaltschafts-Rat Cuy ist der Herr, der jüngst beim Sommererster Versuchsschlichter in Berlin zum unentgeltlichen Festhalten an der strafgesetzlich verbotenen Unsitte des Zweikampfs anforderte.

Man hat also den Schein gewahrt. Von Rechts wegen hätte ein Staatsanwalt, der zur Liebertretung des Gesetzes aufgefordert, seinen Abschied erhalten müssen. Aber wie konnte man andererseits die Verteidigung einer Gesetzesübertretung so streng ahnden, da doch Offiziere, die sich weigern, gegen das Gesetz zu verstoßen, ihrerseits mit schlichtem Abschied entlassen werden. Dem Staatsanwalt ist weiter kein Haar gekrümmt worden und die öffentliche Meinung des so leicht zu depärenden Liberalismus ist demnach beschwichtigt!

**Herr v. Nassow**, der kürzlich im Reichstag in seiner heiteren Rede den gekrümmten Köfen der jüdischen Mitglieder das wackere „Kainmal“ auftrug, soll nicht immer diese Aversion gegen gebogene Köfen besitzen haben. Die „Königsb. Post-Ztg.“ erzählt wenigstens folgendes Geschichtchen:

Herr v. Nassow war nicht immer Volksvertreter, er hat nicht immer so schöne Reden wie am Sonnabend gehalten. Er war auch einmal Rittmeister bei den Branzen-Rittreitern in Königsberg. Damals verkehrte er, wie uns berichtet wird, viel und gerne in wohlhabenden Kaufmannsfamilien — und zwar ohne Rücksicht auf die Konfession. Ja, er betrat sich sogar um die Hand der Tochter eines sehr reichen jüdischen Großkaufmanns, und es soll nicht an ihm gelegen haben, daß er sie nicht erhalten hat.

So hätte denn der Antisemitismus — des parlamentarischen Widders wenigstens einen zureichenden Grund.

**Proteste gegen die Englandhege.** Die Deutschen in Rothesham bei Sheffield hielten eine Versammlung ab und faßten folgende Resolution: „Daß diese Versammlung von Deutschen, die bis zu fast 40 Jahren in England leben, die gegenwärtige Haltung der deutschen Presse und die darin enthaltenen schweren Beschimpfungen der britischen Armeen und der königlichen Familie entschieden verurteilt und die Meinung ausdrückt, daß solche Beschimpfungen nie gelian sein können von Leuten, welche erfahren haben, wie gerecht das englische Volk die Ausländer jeglicher Nationalität, die unter ihm leben, behandelt.“ Es wurde beschlossen, eine Abschrift dieser Resolution dem deutschen Botschafter zu übersenden.

**Zum Selbstmord getrieben.** Wegen fortgesetzter Mißhandlung eines Untergebenen im Dienst hatte sich der Unteroffizier Hans F. von der 2. Compagnie des Pionierregiments Königin vor dem Kriegsgericht der 18. Division in Flensburg zu verantworten. Der Angeklagte hat den Pionier Johann Martin G., einen geistig beschränkten Soldaten, fortgesetzt mit körperlichen Strafen verfolgt, bis dieser in der Nacht des 2. Januar dieses Jahres durch Selbstmord seinem Leben ein Ende legte. Weil G. eine salbige Hofe angelegt hatte, erhielt er eine Ohrfeige, daß ihm das Blut aus dem Munde quoll und er einen Tag das Bett hüten mußte. In gleich schwerer Weise wurde er nach den eidligen Zeugnisaussagen fünf bis sechsmal mißhandelt. In einer Nacht kam der Unteroffizier betrunken nach Hause, er kommandierte die Leute, die schon in tiefem Schlafe lagen, aus den Betten, befahl ihnen, auf die Spinde zu klappern, wofür sie mit dem Rücken gegen den Unteroffizier verschiedene Turnübungen und schließlich Paradeübungen machen mußten. Als sie hierbei vom letzten Spind auf den Fußboden springen mußten, verlegte sich Pionier G. den Fuß. Den letzten Anstoß zum Selbstmord bildete jedoch ein Vorfall, bei dem der Unteroffizier mit beteiligt war. Der Soldat wurde in angelegentlichem Zustand arretiert und erhängte sich nach derselben Nacht aus Furcht vor Strafe. Das Gericht nahm deshalb nicht an, daß ihn die Mißhandlungen des Unteroffiziers in den Tod getrieben hätten, und verurteilte den Unteroffizier zu der Mindeststrafe von sechs Wochen und einem Tage Gefängnis. Der Vertreter der Anklage hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

## Ausland.

### Schweiz.

**Ehrenlegion und Nationalrat.** (Eig. Ber.) In der gemeldeten Ordensgeschichte soll nun doch der Bundesrat einen Entschluß getroffen haben und zwar in dem Sinne, daß die Annahme des Ordens mit der Ausübung eines Nationalratsmandats

unvereinbar sei, gemäß dem Artikel der Bundesverfassung. Dazu wird aus Genf berichtet, daß Herr Ador entschlossen sei, lieber auf sein Nationalratsmandat zu verzichten, als den Orden wieder nach Paris zurückzuführen, da er dies nicht thun könne. Eine heitere Geschichte das.

### Schweden.

**Neutralität der drei nordischen Länder.** Am Montagabend reichte J. Debin in der zweiten Kammer einen von 40 Abgeordneten unterzeichneten Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, die nötigen Schritte zu unternehmen zur Herbeiführung einer Uebereinkunft zwischen den beiden vereinigten Reichen und Dänemark, um eine gleichzeitige und gleichlautende Deklaration an die übrigen Mächte zu erlassen, wodurch die skandinavischen Staaten sich principiell und permanent neutral erklären, oder alternativ, daß der Reichstag die Regierung auffordert, unter Hinweis auf den vom Reichstag ausgesprochenen Wunsch allen den Mächten, mit denen die vereinigten Reiche diplomatische oder konsularische Verbindungen haben, bekannt zu geben, daß unsere Politik fortdauernd auf die Erhaltung des Friedens und die Aufrechterhaltung der Neutralität, die nun bald 90 Jahre gewährt hat, gerichtet ist. — Da dadurch eine stärkere Wirkung auf die internationale öffentliche Meinung zu erwarten ist, wird vorgeschlagen, daß der Reichstag auch bei diesen alternativen, mehr begrenzten Schritten, die Regierung auffordert, zu verlangen, eine gleichzeitige und gleichlautende Erklärung Dänemarks herbeizuführen.

Eine solche Neutralität der Skandinavier ist offenbar von großem Wert für die ökonomische Entwicklung dieser Länder und kann für Industrie und Handel nur von Vorteil sein. Während die alten großen Reiche sich in weltpolitischen Spekulationen erschöpfen, werden sie vielleicht in aller Stille von den Skandinavieren, die über außerordentlich günstige Entwicklungsbedingungen für Handel und Industrie verfügen, überflügelt werden.

### Bulgarien.

**Mih Stoue.** Aus Sofia wird gemeldet: Bisher ist die Freilassung der Mih Stoue noch nicht erfolgt. Es steht nur fest, daß sie sich gefangen auf bulgarischem Gebiet aufhält und daß die Räder bemüht sind, die Gefangene auf türkisches Gebiet zu bringen, was aber wegen des dichten Grenzgebirges bisher nicht möglich war.

## Partei-Nachrichten.

**Einen großen Sieg** errangen nach vorliegenden telegraphischen Meldungen unsere Parteigenossen in Delmenhorst (Oldenburg). Sie bekamen zehn neue Sitze und damit die Majorität im Stadtrat.

**Die socialdemokratischen Gemeindevertreter im Herzogtum Braunschweig** beschloßen auf einer Konferenz am Sonntag ein Kommunalprogramm. Mitgeteilt wurde, daß wir in 28 Gemeinden des Herzogtums 55 Vertreter haben.

**Aus den Organisationen.** Die Parteigenossen des 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, die am Sonntag ihre Parteiverammlung in Gelsenau abhielten, beschloßen dabei, in Zukunft die Parteigeschäfte in den geschlossenen Vereinsversammlungen zu erledigen, damit nicht Leute mitreden können, die für die Partei nichts leisten.

Der socialdemokratische Verein für den 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Chemnitz) hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre einschließlich des Kassenvorstandes von 1942 M. eine Einnahme von 8342 M. und eine Ausgabe von 8321 M. Von den Fortschritten der Partei in Chemnitz zeugt die Thatsache, daß die Abonnementzahl des Parteiblattes im letzten Jahre um über 1000 zugenommen hat. Die Parteigenossen entfalteten sowohl in der Stadt wie in den Landkreisen eine rege Thätigkeit.

Der socialdemokratische Verein für den 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Dippoldiswalde-Tharand) steigerte seine Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahre von 1500 auf 1887 und verzeichnete 7548 M., während er 7268 M. ausgab. Die Agitationsarbeit im Kreise war sehr lebhaft. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hat rund 6000 Abonnementen in diesem Kreise. In der Statistik über die Beträge der Mitglieder fällt die geringe Zahl der Bergarbeiter auf; nur 26 bei ca. 3000 im Kreise beschäftigten Bergarbeitern. Unter den Mitgliedern werden auch 55 Ehefrauen gezählt.

Der socialdemokratische Verein in **Wernitz** hatte im verfloßenen Jahre 442 vollzahlende Mitglieder, während gegen 600 eingetragen sind. Er hatte eine Einnahme von 5610 M. Durch eine Änderung der Organisationsform ist eine erfreuliche Entwicklung der Partei am Orte eingeleitet worden.

**Totenliste der Partei.** In Hamburg starb der Parteigenosse August Jemel, ein alter Kämpfer, der in schwerer Zeit in den vordersten Reihen der Partei gestanden hat. Die Genossen Hamburgs hatten ihm deswegen auch verschiedene wichtige Vertrauensstellungen übertragen. Sie werden den Verstorbenen stets in gutem Andenken behalten.

## Aus Industrie und Handel.

**Der amerikanische Tabakruß in Deutschland.** Die amerikanischen Tabakrußfabriken, besonders ihre Vermählungen auch in Deutschland Fuß zu fassen, werden von einem Teil der bürgerlichen Presse geschildert als unbedeutend geschildert, nicht selten mit nationalen Phrasen als ausdäuslos bezeichnet. Als die ersten Nachrichten über Verhandlungen behufs Gründung eines internationalen Schiffahrtstrusts auftauchte, bestritt man erst das Vorhandensein solcher Absichten, um nachher unter dem Zwang der Verhältnisse doch die Nachrichten als richtig anzuerkennen, nur nicht nach den deutschen Prinzipien mit der Versicherung zu beruhigen, daß die Selbständigkeit der deutschen Schiffahrtsgesellschaften nicht angetastet wird. Lehrsich so der Richtung sind die Vermählungen des amerikanischen Tabakrußs, über dessen Erfolge in Dresden wir seiner Zeit berichteten und über den jetzt die Dresdener „Arbeiter-Zeitung“ folgendes zur Ergänzung berichtet kam:

Die Erwerbung der Jasmahischen Fabrik durch die American Tobacco Company wurde lange Zeit in ihrer Bedeutung gar nicht erkannt und blieb selbst in der Fachpresse unbeachtet. Obgleich das Dresdener Amtsgericht den Vertrag zwischen Jasmah und den amerikanischen Ruß bereits am 20. März 1901 im Dresdener Amtsblatt veröffentlichte, schrieb die „Deutsche Tabak-Ztg.“ (Berlin) noch am 26. September 1901:

Wir haben wiederholt auf die Versuche der American Tobacco Company, ihre Geschäftstätigkeit nach Europa auszudehnen, aufmerksam gemacht, und konnten mit Gemüthsruhe konstatieren, daß diese Versuche wenigstens in Deutschland keinen Erfolg gehabt haben. Jetzt nun scheint die Gesellschaft ihre Versuche in England mit mehr Aussicht auf Erfolg ausgenommen zu haben.

Die Vermählungen der American Tobacco Company, in Deutschland festen Fuß zu fassen, datieren schon zwei bis drei Jahre zurück. Am jene Zeit machte der Ruß der größten Dresdener Cigarettenfabrikanten Sulima und La Ferme Ansofferten. Sie wurden aber zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit mag aufmerksamer gemacht werden, daß der Ruß stets den Grundlag befolgt, nur die bekanntesten Fabriken zu erwerben. Aus diesem Grunde kaufte er auch die Liverpooler Hudson-Fabrik auf. Solche Fabriken, deren Cigarettenmarken im Publikum Anerkennung gefunden haben, arbeiten mit weit weniger Speise. Da ihre Cigaretten direkt von den Rauchern verlangt werden, brauchen die Fabriken nicht, wie weniger besuchte Gesellschaften, Aufnahmen für Reisende, Kellameplakate und Luxusverpackungen anzugeben. Die Amerikaner wären nun wahrlich nicht noch heute nicht in Dresden, wenn ihnen nicht Herr Jasmah selbst den Weg nach Deutschland öffnete, indem er dem Ruß seine Fabrik zum Kauf anbot.

Der Ruß ging auf das Anerbieten ein und damit war das Glück des Herrn Jasmah gemacht. Jasmah war früher jahrelang bei der Cigarettenfabrik von Gelsenau. Sohn Tabakrußfabrikanten (Wermes) und mag dort vielleicht höchsten 200 M. den Monat verdient haben. Bevor ihm die Amerikaner seine Fabrik abkauften, war

die Lage seines Geschäftes nicht eben glänzend. Die Aufnahme in dem Ruß brachte ihm einen einmaligen Gewinn von etwa 700 000 Mark. Außerdem wurde er zum Direktor mit 25 000 Mark und sein Sohn zum Prokuristen mit 15 000 Mark Jahresgehalt angestellt.

Die hiesigen Cigarettenfabrikanten hegten anfangs vor der amerikanischen Gefahr übertriebene Besorgungen. Sie meinten nicht anders, als daß nunmehr die Jasmahischen Cigaretten zu bedeutend ermäßigten Preisen veräußert werden würden, um einen Kostenumschlag herbeizuführen. Diese Besorgungen erwiesen sich als grundlos. Die Jasmahischen Cigarettenmarken halten sich genau in der Preislage wie die übrigen Dresdener Cigarettenfabrikate. Immerhin läßt sich doch spüren, daß in die Fabrik amerikanische Geschäftsgewohnheiten Eingang gehalten haben, obwohl Herr Dixon, der Bevollmächtigte der American Tobacco Company, vorgiebt, nur als Ausschiklat hier anzuwesend zu sein. In den letzten Tagen verteilte die Jasmahische Fabrik an die Cafés und Wirtshäuser, die ihre Kunden sind, unentgeltlich ein Goldbrand verziertes Bierbecher, die mit eingedruckten Farben eine Geschäftsreklame tragen. Auch Kellame-Serviettenringe wurden den Wirten der Rundschaft geschenkt.

Bedrohlicher fiel die Konkurrenz für die Dresdener beim Tabakblätter-Einkauf in der Türkei aus. Der Ruß versuchte die ganze letzte Ernte von den türkischen Bauern anzukaufen. Dieses Unternehmen scheiterte, weil die Bauern berechtigterweise ihre altgewohnten Dresdener Tabakrußfabrikanten nicht ohne weiteres aufgeben wollten und von dem Ruß verlangten, er solle mit ihnen auf 20 Jahre Kontakt machen. Hieraus ging der Ruß nicht ein.

Von dem Ausfall der Dividendenauszahlung bei Jasmah wird es abhängen, ob noch mehr amerikanische Dollars nach Dresden und Deutschland fließen werden. Daß einem deutschen Cigarettenfabrikanten sein deutscher Patriotismus abhandelt wird, seine Fabrik bei vorteilhaftem Angebot zu verkaufen, glauben wir nicht. Im Geschäftsleben gilt nach wie vor der „je mehr, je lieber“ Standpunkt und nicht die altentfessene Phrasen.

**Neue staatliche Bergwerke.** Die Vorlage betreffend Erwerb von Bergwerkseigentum durch den Staat enthält, wie nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ verlautet, insgesamt eine Forderung von 60 000 000 M.

**Beendigung des Kalikriegs.** Mit dem letzten aufstehenden Welt-Kalikriegs ist nunmehr eine Beislandigung seitens des Syndikats herbeigeführt.

**Das Siegerländer Eisenstein-Syndikat** hat seinen Vertrag bis zum 1. Juli 1904 verlängert. Die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ bemerkt hierzu:

Dieser Beschluß wird ohne Zweifel auf die Stetigkeit des Erzverkaufs-Geschäftes seine günstige Wirkung nicht verfehlen, zumal das Syndikat die Erzpreise, entsprechend den heutigen Zeitverhältnissen, ganz bedeutend herabgesetzt hat und in dieser Beziehung viel weiter gegangen ist, als die meisten anderen Industrieriverbündigungen. Die Preisermäßigung, welche für Roßpach ca. 40 Mark und für Roßpach ca. 60 M. pro 10 Tonnen beträgt, dürfte aber auch die Grenze sein, bis zu welcher man gegangen ist; jedenfalls würde einer neuen Preisveränderung nur dann zugestimmt werden, wenn auch die anderen Roßpachindukate ihren Abnehmern weitere Preisermäßigungen gewährten. Uebereinstimmend wird die zahlreiche besuchte Versammlung der Ansicht, daß das Kohlen- und insbesondere das Gaskonsumat eine fernere Preisermäßigung eintreten lassen müsse. Um die in letzter Zeit angebahnten Exportbestrebungen, welche bereits ein gutes Ergebnis zeigten, weiter zu unterstützen, wurde beschlossen, auf Spiegeleisen eine Exportprämie von 2 M. pro Tonne zu gewähren.

## Gewerkschaftliches.

### Deutsches Reich.

**Die Tarifkommission der Buchdrucker** tritt am 1. Februar in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Ursache dazu ist, daß ein Teil der Unternehmer in den Kreisen Hannover, Thüringen und Sachsen der Tarifeinführung insofern Schwierigkeiten gemacht hat, daß sie teils die von den neu geschaffenen Kreisämtern festgesetzten Lokalzulagen nicht anerkannt, teils, wie in Leipzig, an der Lokalstala selbst Ausgehungen machten. Der größte Teil der Kellamanten will der Entscheidung der Tarifkommission Folge leisten, der kleinere Teil hat sich seine Entschließung noch vorbehalten.

**Die Kieler Schlächtergesellen** haben zur Zeit recht ernsthafte Konflikte mit ihren Meistern. Die Ursache hierzu war das Verlangen der Arbeitgeber, daß jeder Geselle der Krankenkasse „Schlächtergesellen-Brüderchaft Kiel“ angehören soll. Die Weigerung der Gesellen machten begründete Einwendungen gegen diesen Beitrittspunkt. Die Meister beharrten aber auf ihrem Standpunkt und so kam es denn, daß die Gesellen, die zu 75 Prozent Mitglieder des Central-Verbandes der Fleischer sind, den Wiedereintritt zu der Gesellen-Brüderchaft verweigerten. Da die Meister jedoch ein Interesse an der Erhaltung dieser Korporation haben, betrieben sie die Hineindrängung der Gesellen mit Gewalt, sie griffen zu Maßregelungen. Außerdem verpflichteten sie sich noch, bei 20 M. Konventionalstrafe keinen Centralverband mehr zu beschließen. Die Gesellen blieben ihrerseits dem auch nicht wüthig, sondern legten in einzelnen Betrieben die Arbeit nieder. Zur Zeit sind 18 Mann im Anstand. Ferner wurde von den Gesellen beschlossen, den Meistern nunmehr folgende Forderungen zu stellen: 1. Anerkennung des Centralverbandes. 2. Regelung der Sonntagsarbeit. 3. Verbesserung der Schlafstellen. Wie notwendig die Durchführung dieser Forderungen ist, beweist am besten ein Auszug aus dem Meisterschreiben, in dem sie neben der Bekanntgabe des oben erwähnten Beschlusses des Centralverbandes betriebe die Krankenkasse darauf hinweist, daß den Mitgliedern verboten ist, Gesellen und Lehrlinge in einem Bett zusammenzuschlafen zu lassen und den Meistern empfohlen wird, die sonntägliche Arbeitszeit „möglichst“ auf das gesetzlich zulässige Maß zu beschränken. Aus dem hier Angeführten geht wohl zur Genüge hervor, daß jeglicher Zugung von Fleischergesellen nach Kiel zu vermeiden ist.

**Die Zimmermeister von Hannover** tragen sich mit der Absicht, eine Lohnreduktion vorzunehmen. Die Zimmerleute sind entschlossen, bei jedem Arbeitgeber, der es wagt, den Stundenlohn von 50 Pf. zu reduzieren oder die Arbeitszeit nicht immer zu halten, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis das Wesende wieder anerkannt und innegehalten wird.

**Die Kassen des Maurerkreises in Halle** beließen sich insgesamt auf 228 589,55 M., davon wurden 190 172,16 M. von der Centralorganisation aufgebracht, von der Vertrauensmänner-Centralisation 38 417,39 M. Unter den Ausgaben nimmt natürlich die Streifenunterstützung die erste Stelle ein, bemerkenswert sind aber auch einige Nebenausgaben. So wurden beispielsweise für die Unterhaltung des Zuges, Bahnhofskontrolle und Fortschaffung Zugereister nicht weniger als 9 829,67 M. ausgegeben. Die nicht vom Streifen betroffenen Kollegen brachten 17 404,85 M. auf, die beiden Vorfallkassen 6565,48 M.; aus der Hauptkasse des Centralverbandes wurden 178 009,75 M. zugeflossen.

**Die Steinmetzen in Leipzig** haben dem Einigungsvorschlag des Gewerbegerichts zugestimmt; aber nach den Erfahrungen, die sie bisher mit den Meistern gemacht haben, sollen geeignete Vorkehrungen zur Beaufsichtigung der Lohnzahlungen getroffen und in jedem einzelnen Fall, wo die Vereinbarung mißlang ausgelegt wird, das Einigungsamt angerufen werden.

**Die Lohnunterschiede in der Strickbranche zu Wühlhausen** sind beseitigt. Auch die Arbeitgeber haben dem Vorschlag der Kommission zugestimmt. Die Lohnreduktion ist auf die Hälfte herabgesetzt. Der Vertrag wird auf zwei Jahre festgelegt.

### Ausland.

**Lohn- und Streikbewegungen in der Schweiz.** Im Jahre 1901 fanden in der Schweiz 76 (1900 115) Konflikte zwischen Arbeit und Kapital statt, wovon 86 (82) Lohn- und 40 (53) Streikbewegungen waren. Demnach hat sich im verfloßenen Jahre die



Zahl der sozialen Kämpfe gegenüber 1900 um 40 Proz. vermindert. In den Monaten November und Dezember kam überhaupt kein neuer Konflikt vor. Der größte und erfolgreichste Streik in 1901 war derjenige der Eisenbahn-Arbeiter an der Gotthardbahn, der schwierigste und unglücklichste derjenige der Weiber in Uzwil, der vom ersten Augenblicke an bei Kennern der Verhältnisse als verloren galt und den erfahrenen, geschulte Gewerkschaftler nicht unterkommen haben würden.

Der schweizerische Schuhmacherverband hält Ende März seine Delegiertenversammlung in Winterthur ab.

Der Streik der dänischen Dampfschiff-Heizer. In Esbjerg, so teilt „Socialdemokraten“ mit, ist es der Dampfschiffs-Expeditur Breinholt, der das Amt eines schwedischen, norwegischen und deutschen Konsuls bekleidet. Diese Stellung ist selbstverständlich schwer mit seinen privaten Geschäften als Dampfschiffs-Expeditur in Einklang zu bringen. Da sein Privatgeschäft gerade darin besteht, daß er für die Reeder arbeitet, so ist es natürlich schwierig für ihn, sich jetzt beim Heizerstreik auf die Seite der benachteiligten Seeleute zu stellen, die um seinen Schutz nachsuchen, und sich gegen die Reeder zu wenden. Wenn die Heizer sich bei ihm beklagen, so ist das, als ob das Lamm dem Wolf sein Leid klagte, der es zerreißt will. Ein armer deutscher Heizer, der unter keinen Umständen als Streikbrecher weiter arbeiten wollte, wurde zu 20 Str. Geldstrafe verurteilt und mußte, weil zahlungsunfähig, 5 Tage Gefängnis abmachen. Als der Mann die Strafe überstanden hatte, verzweigte der Konsul ihm seine Papiere und sein Gepäck und erst nach mehreren Tagen gelang es, sie zu erhalten, nachdem die Organisation der Heizer sich der Sache angenommen hatte und ihren Anwalt damit betraute.

Anlässlich des Weiberstreiks in Enschede (Holland) haben sowohl die Firmeneinhaber, als auch zwei der Streikenden mit dem Minister Kupfer eine Konferenz gehabt. Eine Beilegung der Differenzen wurde dadurch jedoch nicht herbeigeführt. Die Sympathie für die Ausständigen ist unter der Bevölkerung sehr groß. Eine Kollette, die zu ihren Gunsten am Sonntag stattfand, hat in den Fabriken in Enschede allein über 1000 Gulden ergeben.

## Sociales.

Die Vergiftungen in Betrieben und das Unfallversicherungs-Gesetz. Wie schon oft betont und Genosse Wurm erst wieder in der Reichstags-Sitzung vom letzten Freitag hervorgehoben hat, ist es eine große Härte der Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung, daß Arbeiter, welche Körperverletzungen oder Krankheitsfälle durch gewerbliche Arbeiten erleiden, weder Unfall- noch Invalidenrente erhalten. Denn als wesentliche Eigenschaft eines Unfalls bei Betrieben wird die Plötzlichkeit des Eintritts angesehen und daß der Unfall ein zeitlich bestimmtes Ereignis ist. Nur für plötzliche Körperverletzungen wird Rente gewährt. Aber die Entwicklung der Rechtsprechung hat gezeigt, daß diese Umgrenzung in der Praxis nicht haltbar ist. So ist ein in Folge chronischer Vergiftung erkrankter Versicherter eine Unfallrente daraufhin zugebilligt worden, daß vom Reichs-Versicherungsamt die ganze Arbeitszeit von 12 Tagen als eine einzige Unfallzeit aufgeföhrt wurde. Auch der Berliner Prof. Levin forderte vor einiger Zeit in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf die in gewerblichen Betrieben vorgekommenen Vergiftungen, die zu einer Verminderung oder Aufhebung der Arbeitskraft führen. Levin zeigte, daß nach dem Stande der heutigen Kenntnisse darüber, wie Schäden infolge gewerblicher Vergiftung zu stande kommen, auch eine chemische gewerbliche Vergiftung als ein Unfall zu betrachten ist. Bisher nahm man an, die Schädigung des Organismus durch Gifte komme durch eine fortlaufende, allmähliche Wirkung des gewerblichen Giftes auf den Organismus des Arbeiters zu stande. Levin zeigt, daß diese Annahme irrig ist. Er führt den wissenschaftlichen Nachweis, daß der Prozeß der chronischen Vergiftung sich aus einzelnen Unfällen zusammensetzt, von denen jeder sich in den Rahmen des Unfallversicherungs-Gesetzes einfügt. Das Endergebnis, die dauernde Schädigung des Organismus, kommt nach Levin nicht kontinuierlich, sondern durch eine Reihe aufeinander folgender Vergiftungen im Betriebe zu stande, die auf den Organismus um so schädlicher einwirken, je mehr sie sich häufen, weil, nachdem eine Schädigung eingetreten ist, jede neue Giftwirkung um so leichter eintritt und um so heftigeren Schaden stiftet. Das Stadium, das darauf folgt, ist die Folge einer Reihe von einzelnen Unfällen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß das Unfallversicherungs-Gesetz durchgesehen werden. Die Toxikologie (Lehre von den Giften) sieht in den chronischen Vergiftungen nichts anderes als den Ausdruck gehäufter Unfälle, und auf dieser Basis kann sich die Rechtsprechung aufbauen. Die toxikologische Erkenntnis ist aber auch heute weit genug vorgerückt, um auch in für den Laien zweifelhaften Fällen ein bestimmtes Verdict darüber abgeben zu können, in wie weit eine in einem Betrieb zu stande gekommene Gesundheitsschädigung durch Gift direkt herbeigeföhrt ist. Sie kann auch nicht nur den Gefährlichkeitsgrad der einzelnen Gifte im Gewerbebetrieb, sondern auch den Umfang der Gesundheitsschädigung so feststellen, daß die Höhe einer für den Verlust zu bemessenden Entschädigung sich daraus ergeben muß. Jedenfalls wird die Richtigkeit einer solchen Feststellung derjenigen gleichkommen, die jetzt bei mechanischen Verletzungen bei der Rentenfestsetzung Unfallversicherter erfolgt. Der Ausnahmefall, die die Gifte jetzt unter den gewerblichen Schädlichkeiten einnehmen, muß daher entweder eine weitere Ausdehnungsmöglichkeit der bestehenden Gesetzgebung oder eine besondere gesetzliche Veranlassung entsprechen.

Diese Fälle, die auch in der französischen Arbeiter-Schutzgesetzgebung vorhanden ist, will der Abg. Weston, wie die „Chemiker-Ztg.“ berichtet, durch einen Gesetzesentwurf beseitigen, den er der französischen Kammer unterbreitet, der die Berufskrankheiten dem Gesetz vom 9. April 1898, betreffend die Arbeiterunfälle, unterstellt. Dieraus sind folgende Berufskrankheiten als Arbeiterunfälle zu betrachten, die entstanden sind bei Fabrication oder Verarbeitung von Blei und seinen Verbindungen, Quecksilber und seinen Verbindungen, Cyan und seinen Derivaten, Phosphor, Schwefelkohlenstoff, Nicotin, Benzol und seinen Abkömmlingen, einer Reihe giftiger Gase, Säuren und Staub verschiedener Natur.

Wüßte auch in deutschen Reichstags bald eine ähnliche Gesetzesvorlage zur Verhandlung und Annahme kommen.

Die Mitteilungen über die Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend die Beschäftigung von Weibern und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften bedürfen noch einer Verichtigung. Es sollen in der Woche, in welcher der Ruhetag von 24 Stunden zu gewährt ist, nicht alle 7 Ruhezeiten, sondern nur eine derselben weg. Die Beschäftigungsdauer gestaltet sich demnach so: In einer resp. in kleineren Orten in zwei Wochen 7 Ruhezeiten zu 8 Stunden und eine in die Tageszeit fallende Ruhezeit von 8 Stunden, also zusammen 62 Stunden, so daß die zulässige Beschäftigungsdauer einschließlich der kleineren Pausen 108 Stunden beträgt; in der nächsten Woche 6 Ruhezeiten zu 8 Stunden und 1 zu 24 Stunden, also zusammen 72 Stunden, folglich die zulässige Beschäftigungsdauer 96 Stunden.

Die Zählungen der Arbeitslosen, die von den organisierten Arbeitern jetzt vielfach vorgenommen werden und meist erickende Resultate liefern, sind dem Unternehmertum und seinen Trabanten natürlich ein Dorn im Auge. Klarheit über die sozialen Zustände im allgemeinen und über die gegenwärtige Notlage im besonderen ist ja den kapitalistisch Interessierten stets das Allerunangenehmste; deswegen unterlassen sie auch jetzt, die Notlage zahlenmäßig festzustellen und die Arbeiter müssen mit ihren unzulänglichen Mitteln diese notwendige Arbeit thun. Laßt dabei ein Jrrtum unter, gleich ist man bei der Hand, die „Wertlosigkeit“ dieser „socialdemokratischen“ Statistik nachzuweisen.

So jetzt in Gotha. Dort wurden 400 Arbeitslose und einige hundert nur teilweise Beschäftigte festgestellt. Die freisinnigen Stadtbehörden, die keine Zeit hatten, selbst die Zählung zu veranstalten, fanden sofort Zeit, durch Umfrage die Zählung nachzuprüfen und nun ist man in der Lage, 2 Fälle von unwahren Angaben auf den Zählkarten und vier Fälle von schiefer Darstellung in den allgemeinen Bemerkungen zu veröffentlichen. Schön! Die Arbeiter sind bei ihrer mühsamen Arbeit nicht nur mit unzulänglichen Kräften ausgestattet, es mangelt ihnen auch die behördliche Autorität, die richtigen Angaben zu erzwingen. Warum thun die Behörden nicht diese Arbeit? Wäherlich ist es, darum unter der Ueberschrift „Die socialdemokratische Arbeitslosen-Zählungen gemacht werden“, die ganze Zählung als falsch hinzustellen. Sechs Fälle unter fast 700! Wendet dies an dem Gesamturteil über den herrschenden Notstand etwas?

Eigentümlich ist dabei die Praxis der Behörden in Gotha. Sie haben in einem Fall festgestellt, daß ein vielfach mit Buchstaben bestrakter notorisch vorkommener Mensch als arbeitslos eingetragen ist, obwohl er Arbeit hat. Der behauptet nun der Behörde gegenüber, er habe dem Zähler richtige Angaben gemacht und daraus folgert die Behörde, daß die Zähler selbst nicht gewissenhaft gewesen seien und deshalb die ganze Zählung wertlos sei. Der betreffende Zähler ist nun, wie unter dortiges Parteiblatt feststeht, als einer der gewissenhaftesten Menschen bekannt und dieser erklärt, daß er die Karte genau nach den Angaben des in Frage kommenden Mannes gemacht hat. Die Behörde aber glaubt dem ihr selbst als vollkommen bekannten Menschen und zieht dafür den als ehrenhaft bekannten Parteigenossen absichtlich unwichtiger Angaben!

Und daran klammert sich dann die bürgerliche Presse um — den Notstand wegzulügen!

Der Notstand. Der Bürgermeister von St. Johann a. Saar macht in der „Saarbrücker Zeitung“ bekannt, daß in seinem Orte die Kinder von ca. 30 Familien ohne warmes Frühstück zur Schule gehen müssen. Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß alle Fälle, wo nicht die Not der Eltern, sondern andre Umstände zu Grunde liegen, unerwähnt geblieben sind. Da kann man gut noch eine Anzahl solcher Notfälle hinzurechnen. Der Bürgermeister wendet sich nun mit der Begründung, daß man die Eltern nicht der Armenfürsorge anheimfallen lassen möchte, an die Privat-Wohltätigkeit.

Die Absicht des Herrn Bürgermeisters ist sehr löblich, doch die Ausführung seiner Absicht sehr zu tadeln. Die städtischen Behörden haben es ja in der Hand, die Speisung armer Schulkinder in die Schulküchen einzurechnen; es ist gar nicht nötig, daß die Eltern deshalb der Armenfürsorge anheimzufallen. Man braucht nur zu beschließen, daß die Speisung armer Schulkinder nicht als Armenunterstützung der Eltern angesehen ist und dann braucht man nur die Mittel zu bewilligen. St. Johann ist ja allerdings eine sehr kleine Stadt, aber es ist industriereich. Liegen nicht in ihrem Gebiet auch Kohlengruben des preussischen Staates? Wenn man den zur Gemeindesteuer mit heranziehen könnte, so wären die Mittel der Stadt wesentlich reichlicher.

An die Privatwohltätigkeit zu appellieren, ist immer das schlechteste Mittel, öffentlichen Notständen abzuhelfen.

Die Zahl der Schlachtungen in München ist im Jahre 1901 trotz erheblicher Bevölkerungszunahme um 16 755 geringer gewesen wie im Jahre 1900. Dabei stieg die Zahl der Pferde-schlachtungen von 1753 auf 2035. Das ist ein sicheres Kennzeichen des Notstandes und zwar um so sicherer, als der Rückgang der Schlachtungen fast ausschließlich die Schweineschlachtungen betrifft.

Die Solinger Handindustriellen sind nunmehr in die Unfallversicherung einbezogen worden. Die Versicherung vom 1. Januar dieses Jahres gerechnet. Es kommen ca. 4000 Arbeiter in Frage.

Die Zahl der Invalidenrenten, die am 1. Januar 1902 liefen, betrug nach den Mitteilungen des Reichs-Versicherungsamtes 486 945, die der Altersrenten 179 450 und die der Krankenrenten 8700. Die Zahl der Altersrenten hat sich seit dem 1. Oktober 1901 um circa 1800 verringert.

## Versammlungen.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten am Dienstag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung in der Berliner Ressource ab. Zunächst referierte der Vorsitzende der Landesversicherungs-Anstalt Berlin, Herr Direktor Dr. Freund, über eine geplante Neu-Einrichtung: Die Auszahlung der Familien-Unterstützung durch die Krankenkassen an Angehörige der seitens der Landesversicherungs-Anstalt Berlin übernommenen Heilverfahren für ihre Familienmitglieder. Wie der Referent ausführte, ist sowohl von den Versicherter selbst als auch von den Arbeitervertretern vielfach der Wunsch geäußert worden, daß bei Einleitung des Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalt die nach § 18 des Versicherungs-Gesetzes den Angehörigen des Patienten zustehende Unterstützung durch die in Betracht kommende Krankenkasse ausbezahlt wird. Mehrere Krankenkassen haben sich zu dieser Neu-Einrichtung, die zweifellos für die Versicherten recht vorteilhaft sein wird, zustimmend ausgesprochen. Nach dem neuen Verfahren soll die Auszahlung der Familienunterstützung durch die Krankenkasse aber erst dann erfolgen, wenn die Versicherungsanstalt die Anweisung hierzu gegeben hat. Die Auszahlung der Unterstützung soll während der ganzen Dauer des Heilverfahrens, genau der Anweisung entsprechend und ganz unabhängig von der früheren Beendigung der statutarischen Unterstützung auf Rechnung der Versicherungsanstalt vorgenommen werden. Die Kassen haben hierbei keinerlei Mißtrauen, auch nicht, wenn sie an nicht-berufstätige oder ausgetretene Mitglieder Zahlungen leisten, weil die Versicherungsanstalt diese Beträge ohne weiteres erlegt. Die Abrechnung erfolgt monatlich nach einheitlichem Schema und zwar nur für die abgeklärten Heilverfahrensfälle, wobei die Differenzbeträge verrechnet werden. Für die Kassen selbst bedeutet dieser Abrechnungsmodus eine wesentliche Vereinfachung gegenüber den bisherigen Verhältnissen.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verfahren allgemein aufgeheißelt und die Einführung empfohlen. Von den Herren Stuhmann, Dähne, Gutzeit und Simanowski wurden noch verschiedene weitere Vorschläge gemacht. Es wurde darauf hingewiesen, daß die monatliche Abrechnung, wenn sie nur für die abgeklärten Heilverfahrensfälle erfolgt, für kleine Kassen finanzielle Schwierigkeiten zeitigen kann und daß auch den großen Kassen, insbesondere denjenigen, die schon erhebliche Vorkasse für die Berufsgenossenschaften leisten müssen, finanzielle Verluste entstehen. Außerdem wurde gewünscht, daß die Kassen sofort mit dem Beginn des Heilverfahrens, auch wenn die üblichen Recherchen noch nicht beendet sind, zur Zahlung angewiesen werden, damit die Unterstützung an die bedrängten Familienangehörigen keine Unterbrechung erleidet. Herr Dr. Freund stellt demgegenüber in Aussicht, daß den Kassen seitens der Versicherungsanstalt Vorkasse zur Auszahlung der angewiesenen Unterstützung gewährt werden und daß die Recherchen so beschleunigt werden sollen, daß möglichst auch schon in der ersten Woche des Beginns des Heilverfahrens die Unterstützung angewiesen werden kann. Hierzu wäre aber vor allen Dingen notwendig, daß die Kassen die von ihnen eingeforderte Auskunft der Versicherungsanstalt in allen Fällen unterzählig erteilen.

Die Versammlung erklärte sich hierauf einstimmig mit dieser Neu-Einrichtung einverstanden und wurde den Kassen aufgegeben, das diesbezügliche Rundschreiben der Versicherungsanstalt baldigst zustimmend zu beantworten.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Apotheken-Notstands referierte Herr Saller. Der Referent schilderte eingehend den Verlauf der letzten Verhandlungen vor dem Einigungsamt und verwies hierbei darauf, daß nicht nur die Kassenvertreter der

Meinung waren, sondern diese allgemein vorhanden war, daß es zu einer Einigung kommen würde, zumal von den Kassen sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht worden sind. Sogar die Forderung der Apotheker erwartete, daß unter den gegebenen Bedingungen eine Einigung erzielt wird. Bei Beginn der Verhandlungen sei es allerdings aufgeföhrt, daß Dr. Kuhlmann, der bei der vorigen Verhandlung für die Einigung eintrat, nicht mehr als Vertreter der Apotheker fungierte, obwohl er in der Sitzung als Zuhörer anwesend war, und an seiner Stelle der zur Annahme eines Friedens weniger geeignete Dr. Franke getreten ist. Allem Anschein nach ist der plötzliche Stimmungswechsel bei den Apothekervertretern darauf zurückzuführen, daß sie glauben, die Ausschüsse der Kassen für sich gewonnen zu haben und die Kassen mit Hilfe derselben einfach niederzwingen zu können. Die Kassenvertreter haben sich nach dem resultatlosen Verlauf der Einigungsverhandlungen an den Oberpräsidenten gewandt und auch an dieser Stelle den ganzen Sachverhalt unterbreitet. Der Oberpräsident hat sich schließlich selbst mit der Beibehaltung der gelben Rezeptformulare für die Droguengeschäfte einverstanden erklärt, es sollte aber die jetzige Ueberschrift gänzlich fortfallen. Dem konnte nicht zugestimmt werden, aber die Kassenvertreter haben sich bereit erklärt, eine weitere Abänderung der Ueberschrift vorzunehmen und alles zu streichen bis auf die Worte: „Diese Verordnung gilt für Droguengeschäfte.“ Jedenfalls haben die beteiligten Kassenvertreter den Eindruck gewonnen, daß seitens des Oberpräsidenten objektiv verfahren und die Kassen von dieser Stelle keine Schwierigkeiten zu erwarten haben. Der Referent teilt sodann noch mit, daß ein Teil der Apotheker über den Verlauf der letzten Verhandlungen höchst ungeduldig und mit dem Verhalten ihrer Vertreter durchaus nicht einverstanden ist. Unter andern hat ein Berliner Apotheker sich bereit erklärt, einen Rabatt von 20 Proz. auf die Rezeptur zu bewilligen und außerdem seine Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß die Apotheker die Einigung wiederum abgelehnt haben.

Herr Dr. Freudenberg erinnerte an die von den Kassenvertretern gemachten Konfessionen, die schon den Droguisten recht bedenklich erschienen. Jedenfalls konnten unmöglich weitere Zugeständnisse gemacht werden. Auch dieser Redner verwies darauf, daß die Einigkeit der Apotheker vielfach nur auf dem 5000 Mark-Wechsel beruht, und gewiß hätten trotzdem eine Anzahl Apotheker mit den Kassen schon Vereinbarungen angebahnt, wenn sie gewußt hätten, daß der Kampf so lange dauert. Jetzt haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß zweifellos verschiedene Apotheker bereit sein würden, mit den Kassen Verträge zu schließen und die geforderten Bedingungen anzuerkennen, um zur Lieferung zugelassen zu werden. Nachdem die Einigungs-Verhandlungen gescheitert, müsse der Kampf nunmehr wieder energischer geführt werden. Zunächst wird das früher schon geplante System der Quittungen zur Einführung gelangen; außerdem sollen die bisherigen drei Regie-Mittel um drei neue vermehrt werden. Die Abgabe der Medikamente durch die Kassen hat sich sehr gut bewährt. Der Unfug betrug in etwa 2 Monaten ca. 10 000 Mark und die Kassen haben hierbei beträchtliche Ersparnisse erzielt. Bei den drei neuen in Aussicht genommenen Mitteln soll nach denselben Grundsätzen verfahren werden und zwar, daß sie haltbar, daß sie leicht erkennlich, mit andern Mitteln nicht verwechselt werden können, daß viel Bedarf hierfür vorhanden und daß die finanziellen Vorteile entsprechend hoch für die Kassen sind. Von dem Redner wurde dann noch bekannt gegeben, daß von den Apothekern wiederum Unterschriften für die bekannten Petitionen gesammelt werden. Die jetzt zugelassenen Apotheker, denen es natürlich unangenehm ist, daß sie 60 Proz. an die vereinigten Apotheker abführen müssen, scheinen damit zu rechnen, daß ihnen die Arbeiter-Landschaft nach Aufhebung des Vorkasses, wo sie also den Prozentsatz nicht mehr abzuziehen brauchen, verbleibt. Ob das aber wirklich zutrifft, wird nicht am wenigsten von den Apothekern selbst abhängen.

Die Ausföhrungen der beiden Redner wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ohne Diskussion erklärte sich die Versammlung einmütig mit dem Verhalten der Centralkommission beziehungsweise der Kassen-Vertreter bei den Einigungsverhandlungen einverstanden. — Simanowski berichtete hierauf über geschäftliche Angelegenheiten, über die von der Centralkommission veranstalteten Vortragskurse und ersuchte, für die notwendige Verbreitung der von der Kommission herausgegebenen Flugblätter und Proschüren Sorge zu tragen.

In der Versammlung waren 46 Orts-, 40 Hilfs-, 9 Juniors-, 8 Betriebs- und 7 Vororts-, insgesamt 110 Krankenkassen vertreten.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Deputiertenkammer.

Paris, 20. Januar. (W. Z. B.) Das Haus nimmt die Vorlage betreffend die zeitweilige zollfreie Zulassung von Getreide in der vom Senat genehmigten Fassung an und vertritt sodann die Vorlage betreffend Festschließung eines Normal-Arbeitstages für die Grubenarbeiter. Wasly (Soc.) verlangt hierfür die Dringlichkeit; der Minister der öffentlichen Arbeiten Baudin schließt sich ihm an. Wasly beantragt die Festschließung des Achtstundentages. Guillaumet bekämpft den Antrag; es liege kein Grund vor, die Grubenarbeiter anders zu behandeln, als die übrigen Arbeiter. Devins erklärt, es sei nicht möglich, einen Normalarbeitstag festzusetzen, ohne auch die Frage des Minimallohnes zu regeln. Aynard sagt, es sei weder Sache des Parlaments, noch der Regierung, einen Minimallohn festzusetzen. Der Richterstaater Barrois beantragt zunächst eine 9stündige Arbeitszeit einzuföhren, nach 2jähriger Arbeitszeit solle dieselbe für jeden Arbeiter auf 8 1/2 und nach abermals 2 Jahren auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Der Antrag Wasly wird hierauf mit 369 gegen 196 Stimmen abgelehnt. Minister Baudin erklärt, die Mitwirkung des Staates sei durchaus berechtigt, da die Beschäftigung der Grubenarbeiter im öffentlichen Interesse erfolge. Die Regierung sei mit den Vorschlägen des Richterstaaters einverstanden. Hierauf stimmt auch Wasly diesen Vorschlägen zu.

Nach einigen Bemerkungen Aynards, welcher die Vorlage als einen Eingriff in die Rechte der Arbeitgeber und Arbeiter bezeichnet, wird die Weiterberatung auf Mittwoch, den 5. Februar, vertagt.

Hamburg, 20. Januar. (W. Z. B.) Der der Hamburg-Amerika-Linie gehörige Dampfer „Australia“, der auf der Schelde auf der Höhe von Doel gestrandet ist, ist nach neueren, hier eingelaufenen Meldungen durchgebrochen und dürfte total verloren sein.

Brüg, 20. Januar. (W. Z. B.) Die Kleidergeschäfts-Inhaberin Josepha Spitz wurde heute früh in ihrem Wohnhause ermordet und beraubt aufgefunden. Von dem Mörder sieht bisher jede Spur.

Mons, 20. Januar. (W. Z. B.) In dem nicht mehr im Betriebe befindlichen Schacht Nr. 4 der Grube Couchant de Fléon, in den gestern Abend drei Arbeiter hinabgestiegen waren, um notwendige Arbeiten auszuführen, fand heute morgen ganz früh eine Explosion schlagender Wetter statt. Da große Gesteinsmassen eingeföhrt sind, war es bis heute nachmittag noch nicht gelungen, zu den Verunglückten vorzudringen.

Mailand, 20. Januar. (W. Z. B.) In vergangener Nacht sind auf der Linie Mailand-Plaisance zwei Güterzüge zusammengefahren, wobei der Heizer und der Zugführer des einen Zuges verunglückt wurden. Durch den Zusammenstoß gerieten 5 Waggons in Brand und wurden von den Flammen zerstört.



Reichstag.

129. Sitzung vom Mittwoch, 29. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrags der Abg. Wassermann (nall.) und Genossen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag.

Abg. Wassermann (nall.):

Ueber die Notwendigkeit der Einführung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht ziemlich allgemeine Uebereinstimmung. Streit herrscht nur darüber, ob diese Gerichte den Gewerbegerichten als besondere Kammern angegliedert werden sollen, oder im Anschluß an die Amtsgerichte errichtet werden sollen. Mein Antrag wünscht das Letztere, während ein Antrag Raab die Angliederung an die Gewerbegerichte verlangt. Das ist aber für mich nicht die Hauptsache, wesentlich ist für mich die Bestimmung, daß die Mitglieder zu den Gerichten von den Prinzipalen und Handlungsgehilfen gemeinsam gewählt werden. Ich bitte Sie, meinen Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Ministerialdirektor Geheimrat Cadpar: Ich kann mitteilen, daß in näher Zukunft ein Entwurf, der die zur Beratung stehende Materie behandelt, zur Vorlage gelangen wird. Ich stelle daher anheim, von der Einsetzung einer besonderen Kommission abzusehen. Auch darf ich mir wohl unter diesen Umständen erlauben, auf die Einzelheiten des Antrags einzugehen.

Abg. Dr. Gise (C.) hält die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission doch für wünschenswert. In diesem Augenblick die Einzelheiten zu besprechen sei wohl überflüssig.

Abg. Kosciow (Soz.):

Es ist ja ein erfreulicher Fortschritt in unserm parlamentarischen Leben, daß sich der Bundesrat auch bei der Beratung von Initiativanträgen hier vertreten läßt. — Für die Ueberweisung des Antrags Wassermann an eine Kommission werden auch wir stimmen, man kann ja dann später auch die Vorlage der Regierung in derselben Kommission beraten. Ich kann aber schon heute erklären, daß uns der Antrag Wassermann nicht weit genug geht. Wir werden deshalb in der Kommission Anträge stellen, die über die Grenzen dieses Antrages hinausgehen. Im Gegensatz zu Herrn Wassermann halte ich den Anschluß an die Gewerbegerichte für die Hauptsache und praktisch für das Beste. Die Thatfachen haben uns in dieser Beziehung recht gegeben, denn die Handlungsgesellschaften haben eingesehen, daß für sie nur durch den Anschluß an die Gewerbegerichte etwas Zweckmäßiges heraus kommen kann. Wir verlangen weiter, daß das Wahlrecht für das 21. Lebensjahr festgesetzt wird und daß auch den weiblichen Handlungsgesellschaften sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht gewährt wird angesichts der Thatfache, daß die Zahl der Handlungsgesellschaften von Jahr zu Jahr steigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hennung (L.): Meine Freunde sind im Princip für den Antrag Wassermann. Die Frage, ob die neuen Gerichte im Anschluß an die Amtsgerichte oder an die Gewerbegerichte zu errichten sein werden, muß in der Kommission entschieden werden.

Abg. Moll (fr. B.): Seit dem Bestehen der Gewerbegerichte haben die kaufmännischen Angestellten den berechtigten Wunsch gehabt, daß auch für sie besondere Gerichte errichtet werden. Meine Freunde sind für Angliederung an die Gewerbegerichte und werden ebenfalls für eine Ueberweisung des Antrags Wassermann an eine Kommission von vierzehn Mitgliedern stimmen.

Das Haus beschließt hierauf dem Antrag Wassermann gemäß auf Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von vierzehn Mitgliedern.

Es folgt die erste und eventuell zweite Beratung des vom Abg. Ridert (fr. B.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Sicherung des Wahlheimnisses, in Verbindung mit dem Antrag Gröber (C.) betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag.

Abg. Dr. Barth (fr. B.):

Ich kann mich zur Begründung des Antrags Ridert kurz fassen, da die vorliegenden Anträge identisch sind und bereits mehrere Male den Konsens der großen Mehrheit dieses Hauses gefunden haben. Daher ist es auch nicht notwendig, den Gesetzentwurf noch einer besonderen Kommission zu überweisen. Das einzige Hindernis, weshalb unser Antrag noch immer nicht Gesetz geworden ist, liegt im Bundesrat. Ich kann mir aber nicht denken, daß dem Bundesrat die Vergewaltigung des politischen Gewissens, um die es sich hier handelt, unbekannt geblieben ist. Die heute herrschenden Fiktionen mit den Stimmgzetteln sind nicht nur politisch sondern auch moralisch im höchsten Maße verwerflich. Der Bundesrat ist verpflichtet, diesem öffentlichen Skandal seinerseits mit allen Mitteln entgegenzuwirken. In Baden und Württemberg haben sich ähnliche gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung des Wahlheimnisses sehr gut bewährt. In Hessen ist neuerdings von der Regierung selbst eine derartige Vorlage eingebracht worden. (Hört! hört! links.) Die zweifellos in aller nächster Zeit Annahme finden wird. Der Bundesrat kann sich also jeden Augenblick bei den Vertretern der betreffenden Staaten darüber erkundigen, wie vorzüglich sich diese Einrichtung bewährt hat. Wenn er trotzdem fortgesetzt mit veralteten Armen unthätig dasteht, macht er sich zum Mitschuldigen aller Unzulänglichkeiten, die mit den Stimmgzetteln getrieben wird. (Sehr wahr! links.) Wir müssen von ihm verlangen, daß er entweder unserem Antrag zustimmt oder uns seinerseits einen Entwurf vorlegt, der Hand und Fuß hat und diese schreienden Mängel beseitigt. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Kirsch (C.): Die beiden Anträge sind identisch. Ich kann Sie nur bitten, nehmen Sie unseren Antrag einstimmig an und lehren Sie eine Kommissionsberatung ab.

Abg. v. Tiedemann (Sp.):

Ich bedauere dem Wunsche des Redneres nicht nachkommen zu können, sondern möchte Sie bitten, nochmals in eine Kommissionsberatung einzutreten. Ich weiß nicht, ob es angängig ist, das geheime Wahlrecht noch geheim zu machen. — Die Mitglieder des Centrums erinnern ich daran, daß ihr früherer Führer Windthorst 1867 erhebliche Bedenken gegen die Einführung des geheimen Wahlrechts äußerte. Redner verliest die betreffenden Stellen aus der Rede Windthorsts vom 24. März 1867. — Eine Kommissionsberatung ist aber schon notwendig wegen der vielen sprachlichen Inkonsequenzen und Widersprüche gegen die deutsche Grammatik, die der Entwurf enthält. (Weiterleft.) Um nur ein Beispiel herauszugreifen. Der § 11b lautet: „Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.“ (Große Heiterkeit.) Redner liest unter großer Heiterkeit des Hauses noch einige weitere Beispiele an und beantragt schließlich zur Korrektur der vielen sprachlichen Fehler den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Komierowski (Pole) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Kirsch an. Ich vermittele bei dem Reichstagsler in

dieser Frage die klare und entschiedene Stellungnahme, die wir von ihm in der Vergangenheit gewohnt sind.

Abg. Wassermann (nall.): Herr v. Tiedemann hat eine Lange gebrochen für das öffentliche Stimmrecht. Gewiß ist ja der persönliche Wert eine sehr anerkanntes Eigentum, wir treten aber dennoch nach wie vor für die geheime Stimmabgabe ein. Auch wir halten eine Kommissionsberatung für überflüssig und bitten um möglichst einstimmige Annahme der beiden Anträge.

Abg. Auer (Soz.):

Auch ich kann mich dem Antrage des Herrn v. Tiedemann auf Kommissionsberatung nicht anschließen; besonders nicht aus den Gründen, die er für dieses Verlangen angeführt hat. Wenn bloß stilistische Mängel die Ursache seiner Forderung wären, dann wäre es ja viel richtiger, wenn wir den Antrag einem Schullehrer-Kollegium überwiesen (Heiterkeit), hienmal wir ja gar keine Garantie haben, daß in der Kommission bessere Stillsisten vorhanden sind. Aber es kommt viel weniger darauf an, daß der Stil der Anträge jeder Prüfung standhält, als darauf, daß kein Zweifel darüber besteht, was mit dem Entwurf überhaupt erstrebt werden soll, das ist die Sicherung des Wahlheimnisses. Die Erfahrungen in anderen Ländern haben bewiesen, daß der angestrebte Zweck in vollem Umfange durch die Maßnahmen der Vorlage gesichert wird.

Herr v. Tiedemann meinte, es schein sich viel weniger darum zu handeln, die geheime Abstimmung zu sichern, als vielmehr darum, die Abstimmung noch geheim zu machen. Das ist doch nicht der Fall. Wenn die geheime Abstimmung schon gesichert wäre, dann wäre der Antrag in der That überflüssig. Daß aber die Konservativen selbst gar nicht dieser Ansicht sind, beweisen die Proteste gegen die Wahl des Abg. Gothein. Man könnte annehmen, es handle sich um den Kollaps eines sozialdemokratischen Wahlkomitees, das sich über Wahlbeeinflussungen beschwert, wenn man nicht unter dem Protest die Namen des konservativen Wahlkomitees lesen würde. (Heiterkeit.) Solche Vorgänge sehen durchaus nicht vereinzelt da. Es gäbe ja ein sehr einfaches Mittel, die Mißstände mit den verschiedenen Stimmgzetteln zu beseitigen, indem sich nämlich die Parteien vor der Wahl über Größe und Art der Stimmgettel verständigen. Aber wie selten wird das angewendet und besonders die Herren von der Rechten lehnen derartige Anträge stets ab. Erst bei der Wahl in Bittenberg-Schweinitz ist ein solcher Antrag von liberaler Seite gestellt worden, aber von den Konservativen abgelehnt worden. Herr Dertel sieht ja allerdings gerade darin, daß man verschiedene Stimmgettel angiebt, die eigentliche Wahrung des Wahlheimnisses. (Heiterkeit links.) Ich weiß nicht, ob er das sehr ernst gemeint hat; die Heiterkeit des Hauses wird ihm jedenfalls gezeigt haben, daß man auf der linken Seite seinen Vorschlag nicht besonders ernst nahm. In der That liegt die Sache jedenfalls so, daß die Wahlzettel von den einzelnen Parteien geändert werden müssen, weil die Gegner sich die Stimmgettel besorgen, um sie nachzumachen. Einen kleinen Vorschlag davon, wie die Wähler über die Wahlumkehrungen der Konservativen denken, hat Ihnen ja die Wahl in Döbeln gezeigt, und was an uns liegt, werden wir auch thun, damit es Herr Dertel bei der nächsten Wahl selbst merkt.

Herr v. Tiedemann meinte, der Vorschlag, einen besonderen Vorschlag für die Wähler einzurichten, habe einen etwas komischen Beigeschmack, und bei früheren Gelegenheiten hat man sich ja noch drastischer ausgedrückt. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß es viel mehr die ernste Seite dieses Vorschlags ist, welche ihn abhält, darauf einzugehen. (Sehr richtig! links.) Diese sehr ernste Seite liegt eben darin, daß die sozial besser Gestellten verhindert werden sollen, durch ihr soziales Uebergewicht die von ihnen abhängigen Leute zu zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. Das ist eine würdige, hohe Aufgabe, und die Parteien, die es mit der Sicherung des Wahlheimnisses ernst meinen, sollten uns bestimmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter behauptet man, es solle in den Wahllokalen an Raum für einen solchen Vorschlag fehlen. In dem sehr umfangreichen Wahlprotest der Freisinnigen über die Wahl des Abg. Will in Stolp wird aber verschiedentlich ausgeführt, daß die Kontrolle der Wähler in der Weise geübt wurde, daß man von einem Glasfenster aus den Wähler genau bis zur Stimmabgabe verfolgen konnte. Wenn Ihnen (nach rechts) solche Lokale zur Verfügung stehen, dann dürfen Sie sich wirklich nicht über Mangel beklagen. Auch der Hinweis darauf, daß es vielfach unmöglich sein solle, solche Vorschläge herzustellen, ist ganz unhaltbar. Auf Ihren Äußerungen gibt es doch überall einen Tischler oder Zimmerer oder Stellmacher und die können mit geringer Mühe ein derartiges Gestell, das nur die Form eines großen Ofenschirms zu haben braucht, herstellen.

Die traurige die Zustände sind, beweisen die immer wiederkehrenden Klagen über den Mangel an richtigen Wahlurnen. Sehr häufig dienen noch Cigarrenkisten und ähnliche Gegenstände als Wahlurnen selbst in größeren Orten. Nur aus Elb-Verträgen wird über den Mangel an Urnen nicht geklagt, dort oder haben die Wählerinnen die merkwürdige Eigenschaft, daß sie aus zwei Tellen bestehen, der eine für die Stimmabgabe, der andere für die Urne. (Heiterkeit.) — Auch die letzten Proteste über die Wahlen in Böhmen und Lothringen haben bewiesen, daß die Zustände bei den Wählern auch heute noch recht traurig sind.

Wie es bei den Wahlkämpfen hergeht, daß ich habe ich hier einen interessanten Beweis aus der „Köln. Volksztg.“, die über die Vorgänge im Dortmunder Wahlbezirk folgendes berichtet: „Mit einem Hochdruck hat die nationalliberale Partei gearbeitet, der aller Beschreibung spottet. Kolonnenweise sind die Arbeiter zur Urne geführt und haben den ihnen übergebenen nationalliberalen Stimmgettel in der erhobenen Rechten halten müssen.“ (Hört! hört!) Derartige Mißbräuche soll durch den Antrag abgeholten werden. Es soll dem Wähler Gelegenheit gegeben werden, bevor er an den Wahlstisch herantritt, einen Augenblick unbewacht zu bleiben, um seinem Willen Ausdruck zu geben. Von der Wirksamkeit der sozialdemokratischen Agitation wird so viel geredet und gewiß kommen auch bei uns in der Wahlzeit Dinge vor, die man nicht billigen kann. Aber für jeden einzelnen derartigen Fall bei uns mache ich mich unheimlich ein Duzend von Fällen, Wahlschreutungen, der Gegner anzuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als bei der vorletzten Wahl der Centrums-Kandidat Stöbel in Offen unterlag, zogen nach dem Bericht des „Essener Tageblattes“ die nationalliberalen Wähler vor die Wohnung Stöbels und machten einen kolossalen Skandal. Die Menschen waren jedes Gefühls barm. Die Schwester des Herrn Stöbel lag schwer krank, aber daran lehrte sich der Janbengel nicht, der wußte Lärm dauerte die ganze Nacht fort und von der Polizei war nichts wahrzunehmen. (Hört! hört! im Centrum.) Vorhin schon habe ich die Wische Wahl in Stolp erwähnt. Bei dem Wahlkampf sind wahrhaft ungeheuerliche Dinge passiert. Wir liegt ein Brief vor, wonach der konservative Vertrauensmann an einen andern konservativen Vertrauensmann über einen Bayern, der Will im Wahlkampf entgegengetreten war, folgendes schrieb: „Anßp! Dir den Kerl im stillen vor und sag' ihm, was ihm passiert, wenn er mit seiner Gesellschaft nicht für Will stimmt. Er hat eine Majestätsbeleidigung ausgeprochen und seine Verhaftung ist ganz sicher, wenn die Strafanzeige gegen ihn erfolgt. Ich habe bereits mit dem Landrat gesprochen. Die Strafanzeige soll unterbleiben, wenn er thut, was wir wollen.“ (Hört! hört!) Ich

bitte, bei der Wahl mit aller Kraft für den konservativen Kandidaten einzutreten.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Nun solche Mittel richten sich selbst. Ich erinnere noch an die Wahl in Halle, wo gegen unsern Genossen Kuntert die Verleumdung ausgesprochen wurde, er sei wegen Verleitung zum Diebstahl, wegen eines gemeinen Vergehens in Haft genommen worden. Das ist auch so eine Blüte der Verleumdung, die Verleumdung hatte absolut keine Unterlage und der Reichstag hat sich auch veranlaßt gesehen, die Wahl, in der Kuntert unterlag, zu kassieren; in der Wahl darauf wurde dann Kuntert mit großer Majorität gewählt. Zum Schluß noch ein charakteristisches Beispiel. Es handelt sich um Vorgänge im Wahlkreise Senftenberg. Auch hier zeigte sich, mit welchen Mitteln die Wahlmache von konservativer Seite betrieben wird. Uns liegt hier das Circular eines konservativen Hauptmanns vor, der sich darin über die konservativen Wahlansichten äußert. Er meinte, die alten Mittel, die sonst immer verwandt worden sind, ziehen nicht mehr. (Heiterkeit.) Es bleibt nun nichts weiter übrig, als gemeinsam mit den übrigen Kriegervereinen in und um Senftenberg zu einer großen Kriegervereinigung - Versammlung einzuladen. Als Vorwand könnten allgemeine Angelegenheiten dienen (Heiterkeit), daran könne sich eine Rede über Heeresverfälschung und deren Notwendigkeit schließen, die auch niemand verwehren könne. Dann könne man mit Fahnen, Musik und andrem Klöppel (Große Heiterkeit links) nach dem Festlokal ziehen und dort ein gemüthliches Zusammensein mit obligatem, von der konservativen Parteikasse bezahlten Freibier abhalten. (Hört! hört! und große Heiterkeit links.) End die Köpfe ernstlich erwidert, dann gehen wir zum Wahlprogramm über (Große Heiterkeit links), bringen ein Hoch auf unsern konservativen Kandidaten aus und verpflichten alle Anwesenden, ihre Stimme für ihn abzugeben. Dann können wir die Segner noch durch Abzingeln patriotischer Lieder ärgern, daß sie grün und blau werden. So zwingen wir die unsicheren Elemente, für uns zu stimmen. (Große Heiterkeit.) — So werden die Wähler bearbeitet! Und angesichts dieser Thatfache ist es eine sehr ernste Angelegenheit, das Wahlrecht zu sichern. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Leebow (L.): Der Redner hat von Vorgängen sehr ausführlich Mitteilung gemacht, die mit dem Gegenstand der Tagesordnung nichts zu thun haben. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich hier um das Geheimnis des Wahlzettels, nicht um Wahlbeeinflussungen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn übrigens die angegebenen Thatfachen richtig sind, werden sie von uns nicht gebilligt werden. Um die vom Redner beanpruchte Zeit wieder einzubringen, werde ich mich kurz fassen. Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann. Wir stehen auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes, wir wollen nichts hinzufügen und nichts hinwegnehmen. Wenn uns das äbel ausgelegt werden sollte, müssen wir uns daran finden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Reich-Stoburg (fr. B.): Abg. Auer hatte vollständig recht mit seinen Ausführungen über die Einwirkungen, die auf den Wähler häufig ausgeübt werden. Der Wähler muß seine Stimme ganz ungeniert abgeben können. Wollen denn die Herren von der Rechten bestreiten, daß grober Wahlmanipulation vielfach getrieben wird? Gegen diesen Wahlmanipulation ist der Antrag Ridert notwendig. In einzelnen Bundesstaaten ist man dazu übergegangen, den Wünschen des Antrags Ridert entgegenzukommen. In Baden, Württemberg und Hessen ist das der Fall. Der Golem schreit hier an Preußen zu liegen. Bielefeld erkundigt sich der Reichstagsler beim preussischen Ministerpräsidenten (Heiterkeit), wie Preußen zu der Sache steht. Windthorst hat einmal gesagt, er sei im Princip für öffentliche Abstimmung, aber bei den Zuständen in Preußen müßte man auf die Sicherung der geheimen Wahlbestimmung dringen. Herr v. Tiedemann hat sich über die Bestimmungen des Antrags Ridert ipöthisch geäußert, auch über diejenigen, die wirklich aus dem jetzt geltenden Wahlreglement hinübergenommen. (Sehr richtig! links.) In Bayern gibt es überall Wahlurnen, in dieser Beziehung könnten sich viele andre Staaten ein Muster an Bayern nehmen. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Ridert mit möglichst großer Majorität an. (Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion.

Im Schlußwort hebt

Abg. Dr. Pahnke (fr. B.):

hervor, daß der anwesende Vertreter der Regierung geschwiegen habe. Mit dem Eingreifen beim Antrag Wassermann sei offenbar die Grenze des Entgegenkommens der Regierung schon erreicht gewesen. Mit ihrem Schweigen mache sich aber die Regierung zum Mitschuldigen an den unerhörten Dingen, die hier erörtert worden sind, für die Vergangenheit wie für die Zukunft. Der Antrag Ridert bezwecke keine Aenderung, sondern nur eine feste Verankerung der beim Erlaß des Gesetzes gehegten Absichten. Windthorst ist, nachdem er die preussische Wirtschaft seinen gelernt hat, auch für geheime Abstimmung zum preussischen Landtag eingetreten. Bei der Wahl in Greifswald-Grimmen sind viele Zettel abgegeben worden, auf denen der Name des konservativen Kandidaten ausgestrichen und der Name des freisinnigen Kandidaten darüber geschrieben war. Das ist ein Vorbehalt bedrohter Wähler. Gerade dieser Vorbehalt, der die mangelnde Sicherung des Wahlheimnisses beweist, ist der Hauptpunkt in dem Wahlprotest der Konservativen gegen die Wahl Gotheins in Greifswald-Grimmen. Bei dieser Wahl hat ein Arbeiter seinen Arbeitern den Besuch einer liberalen Versammlung bei Strafe der Entlassung verboten. (Hört! hört! links.) Die konservative Partei ist eine Gegnerin der geheimen Abstimmung. Herr v. Tiedemann forderte die Vereinfachung der geheimen Abstimmung neulich als Kompensationsobjekt für Diäten. In Frankreich geht man jetzt ähnlich vor, wie es der Antrag Ridert wünscht. Die Ausführung des Antrags ist nicht unmöglich, er ist gestellt im Namen der politischen Moral. (Bravo!)

Der Antrag v. Tiedemann auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Das Haus tritt in die zweite Sitzung ein.

Die Anträge Ridert und Gröber werden ohne Diskussion gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Staatssekretär Graf Posadowsky tritt den Saal. Hierauf tritt das Haus in die zweite Sitzung des Antrags Dr. Lieber (C.) und Genossen, betreffend die Freiheit der Religionsübung ein. Berichterstatter Abg. Dr. Pichler (C.) § 1 bestimmt in der Fassung der Kommission:

Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebiets volle Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Die Abg. Dr. Lieber und Dr. Sattler (nall.) beantragen dazu folgenden Zusatz: „Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundgesetzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.“

Abg. Schrader (fr. B.): Das hohe Haus hat die Freude den Antrag Lieber diesmal unter Teilnahme von Vertretern des Bundesrats zu beraten; hoffentlich beteiligen sich dieselben auch an den Beratungen. — Eine reichsgesetzliche Regelung der Materie des § 1 ist durchaus notwendig. Kompetenzbedenken können nach meiner Ansicht nicht erhoben werden. —



Ich hoffe, daß auch im Plenum die Verhandlungen über dieses Gesetz in derselben ruhigen und sachlichen Weise geführt werden werden, wie dies in der Kommission erfreulicherweise der Fall war. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sicher ein bedeutender Schritt. — Der § 1 ist wirklich aus der preussischen Verfassung übernommen und der bestehende Zustand hat sich in Preußen durchaus bewährt. Ich bitte daher, diesen Paragraphen unverändert anzunehmen.

Abg. Dr. Sieber (natl.):

Wir können für den § 1 nur dann stimmen, wenn auch unser Zusatzantrag angenommen wird. Der Grundgedanke der völligen Religionsfreiheit ist bereits in dem Gesetz von 1860 reichsrechtlich festgelegt worden. Alle Staatsrechtslehrer sind in dieser Anschauung einig. Der Beschluß der Kommission ist einzig und allein hervorgerufen durch Klagen aus den einzelnen Bundesstaaten. In dem Bedauern über jeden Fall, wie die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt worden ist, sind wir alle einig, wünschen auch alle die Aufhebung überlebter Bestimmungen, welche die Religionsfreiheit einschränken. Gewundert haben wir uns aber sehr in der Kommission, daß gerade das Centrum diejenige Partei ist, welche das deutsche Volk nun auf einmal mit der völligen Religionsfreiheit beglücken will. (Sehr wahr! bei den Rationalisten.) Aber wir freuen uns, daß das Centrum sich nunmehr auf den modernen Standpunkt stellt. Auf die formellen Kompetenzbedenken legen wir gar keinen Wert, für uns handelt es sich allein um die Zweckmäßigkeit. Es entsteht die Frage, inwieweit die Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsrechte durch ein solches Reichsgesetz modifiziert werden würden. Wir fürchten durch die Annahme dieses Paragraphen Konflikte zwischen Reichsrecht und wichtigen bestehenden Landesgesetzen. Der Hinweis darauf, daß der Grundgedanke des § 1 für die deutschen Schutzgebiete Geltung habe, ist nicht stichhaltig. Dort handelt es sich niemals um einen Dualismus zwischen Reichsstaatsrecht und Einzelstaatsrecht und außerdem haben auch die Schutzgebiete keine hundertjährige Geschichte der Beziehungen von Staat und Kirche hinter sich. Wir halten die Schaffung eines Reichsvereins- und Versammlungsrechts für den allein geeigneten Weg, um den Mißständen abzuhelfen, deren Beseitigung der § 1 anstrebt. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Sp.): Ein großer Teil meiner Freunde hat Bedenken gegen den Paragraphen, weil sie in ihm den Anfang sehen, die Kompetenz des Reichs auf dies Gebiet auszuweiten. Wenn wir zu einem Reichsvereins- und Versammlungs-Gesetz kommen würden, so würde auch ich das mit Freunden begrüßen. Wenn wir aber dazu gelangen sollen, so müssen die jetzigen Majoritätsparteien schon auf einen Teil ihrer Wünsche verzichten. Wände Schwierigkeiten, die in den Einzelstaaten der freien Religionsübung einzelner Staatsbürger gemacht werden, wünsche auch ich beseitigt. So ist zweifellos das Vorgehen Sachsens gegen die Baptisten mit dem Grundgedanke der freien Religionsübung nicht vereinbar.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Herr Reichsminister hat bereits bei der ersten Lesung dieses Entwurfs betont, daß die Regelung der in dem § 1 berührten Materie den Einzelstaaten vorbehalten ist und daß hiernach ein reichsgesetzlicher Eingriff in diese Materie ausgeschlossen ist. Es kann aber von keinem billigen denkenden Menschen bestritten werden, daß in einem Bundesstaate, wo jeder Staatsbürger in jedem einzelnen Staate das Recht hat, seinen gesetzlichen Wohnsitz zu wählen und wo überdies eine große Anzahl der Beamten der Bundesstaaten infolge ihres dienstlichen Verhältnisses ihren Aufenthalt innerhalb der einzelnen Bundesstaaten wechseln müssen, es aus politischen und konfessionellen Gründen im höchsten Grade wünschenswert ist, daß die Ungleichheiten auf dem Gebiete des Kirchenstaatsrechtes gegenüber den katholischen Angehörigen des Reiches möglichst beseitigt werden. Aus diesem Gesichtspunkte hat sich der Herr Reichsminister zunächst an die großherzoglich medienburgische Regierung gewandt mit der Anfrage, inwieweit den Wünschen, die hier bei der früheren Verhandlung dieses Entwurfs im hohen Hause geltend gemacht worden sind, Rechnung getragen werden könnte. Die großherzoglich medienburgische Regierung hat auf diese Anfrage das eingehendste und bundesfreundlichste Entgegenkommen gezeigt. (Hört! hört! im Centrum.) Sie hat erklärt, daß sie entschlossen sei — jedoch vorbehaltlich der näheren Formulierung — den Angehörigen der römisch-katholischen Kirche, das Recht der öffentlichen Religionsübung in gleicher Weise, wie dies in Preußen und Bayern geschehen ist, zu gewähren. Der Herr Reichsminister ist entschlossen, auf diesem Gebiete durch bundesfreundliche Verhandlungen die noch bestehenden Rechtsungleichheiten zu Ungunsten der Katholiken zu beseitigen, in Zukunft fortzuführen. Ich bitte Sie, abzuwarten, welchen Erfolg diese Thätigkeit haben wird. (Bravo! im Centrum.)

Medienburgischer Bundesbevollmächtigter Dr. Langfeld:

Sie haben gehört, welche Entschlossenheit meine Regierung gezeigt hat und ich will mich daher auf einige erläuternde Bemerkungen beschränken. Mit Bezug auf die erste Lesung dieses Entwurfs möchte ich bemerken, daß es nicht im Interesse einer Regelung der zur Veratung stehenden Frage zu allseitiger Zufriedenheit liegt, hier alle Bunden, die bereits verhandelt sind, wieder aufzurufen. Bei den Klagen, daß es den Katholiken in Medienburg nicht möglich sei, eine ihren Anschauungen entsprechende Verteidigung ihres religiösen Bedürfnisses zu erlangen, muß berücksichtigt werden, daß die Anzahl der Katholiken in Medienburg eine außerordentlich geringe ist, die katholische Bevölkerung bildet auch nach der letzten Volkszählung nur 1/5 Prozent der Gesamtbevölkerung Medienburgs. Auch schon jetzt ist meine Regierung bemüht, allen Wünschen der Katholiken entgegen zu kommen. So wird in Bismar eine katholische Kapelle gebaut, und es ist Vorfrage getroffen, daß für die katholischen Saisonarbeiter monatlich einmal Gottesdienst in einer Messe von Städten abgehalten wird. Sollte es an katholischen Geistlichen fehlen, so wird meine Regierung alle berechtigten Wünsche der katholischen Kirche erfüllen. Daß die bestehende Lücke in der Gesetzgebung ausgefüllt werden soll, hat der Vertreter des Reichsministers bereits mitgeteilt. Der betreffende Gesetzentwurf hat nur drei Paragraphen. Im § 1 wird den Angehörigen der katholischen Kirche die öffentliche Religionsübung zugesprochen, § 2 billigt allen Gebäuden und Einrichtungen der katholischen Kirche denselben Rechtschutz zu, wie den Einrichtungen der lutherischen Landeskirche. § 3 macht lediglich den Vorbehalt, daß die landesherrlichen Rechte und Hoheitsrechte unberührt bleiben, die in gleichem Umfange in Preußen und Bayern der katholischen Kirche gegenüber bestehen. (Bravo! im Centrum.)

Braunschweigischer Bevollmächtigter Herr v. Cramm-Kathdorf: In Braunschweig findet durchaus partiellische Verhandlung der Katholiken und Protestanten statt, wenn der Landtag, wie ich nicht bezweifle, den ihm vorliegenden Gesetzentwurf angenommen hat.

Abg. Büsing (natl.) drückt seine Befriedigung über die Erklärung der medienburgischen Regierung aus.

Abg. Dr. Bachem (C.):

begreift die entgegenkommenden Erklärungen der Vertreter von Medienburg und Braunschweig mit großer Freude, das sei der Ausdruck einer neuen Zeit. Der braunschweigische Entwurf des Reichsgesetzes ist mir indeed zugegangen. Eine Verbesserung enthält er hinsichtlich der Taufe katholischer Kinder, die nun nicht mehr beim lutherischen Geistlichen angemeldet werden brauchen. Im übrigen erscheint der Entwurf noch vielfach Mißtrauen gegen die Katholiken zu hegen. Ich hoffe, daß die Vorlage verbessert zum Gesetz wird. Jetzt fehlt nur noch Sachsen. Das Medienburg und Braunschweig können, wird hoffentlich Sachsen auch noch können. In Medienburg ist dem augenblicklichen Bedürfnis der Katholiken entsprochen worden. Den tatsächlichen Konzeptionen ist jetzt die rechtliche Grundlage gefolgt. Ich meine, Sachsen kann jetzt nicht anders, als das medienburgische Beispiel zu be-

folgen. Redner geht hierauf auf den Antrag selbst ein, er bestreitet, daß der Antrag eine Kompetenzerweiterung für das Reich involviert. Auf die Wünsche des nationalliberalen Antrags-Hierher können wir nicht treten. Der Satz von der Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist mehr als ein Programmsatz, es ist ein Rechtsatz. Ein Entkommen darüber, daß wir Katholiken Religionsfreiheit haben wollen, ist gar nicht gerechtfertigt.

Abg. Kunert (C.):

Ich werde mich auf ganz kurze Ausführungen beschränken. — Wenn unser Grundgedanke: „Frei sei der Geist und ohne Zwang der Glaube“ in Deutschland bereits allgemein anerkannt sein würde, so wäre dieser ganze Antrag überflüssig. — Das Mißtrauen im Volke gegenüber dem Centrum ist doch durchaus berechtigt. Man fragt sich: Woher die Toleranz vom Centrum? Ihre agrarische Politik und ihre Haltung in Militär- und Marinefragen hat das Volk mit Recht mißtrauisch gemacht. Wir verlangen Trennung der Kirche vom Staat und absolute Freiheit der religiösen Meinungen. Aus diesen Gründen stimmen wir dem § 1 des Entwurfs zu. Die Erklärung des Grafen Posadowsky bedeutet inhaltlich einen Sieg des Centrum. Wir müssen aber fragen, warum geht man nicht weiter, warum hat man nicht alle Dissidenten berücksichtigt. Da dies nicht geschehen ist, empfinden meine Freunde eine besondere Genugthuung über die Erklärung des Grafen Posadowsky nicht. Den Zusatzantrag Sieber werden wir ablehnen. Es ist bezeichnend, daß die Herren, die für ihn eintreten, jetzt plötzlich ihr Herz für ein Reichsvereinsgesetz entdecken. Tatsächlich ist in dem Antrag nicht der nationale, sondern ein partikularistischer Standpunkt zum Ausdruck gekommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (1. Fortsetzung der dritten Lesung des Brautweinsteuer-Gesetzes. 2. Zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.) Schluß 6 Uhr.

## Zolltarif-Kommission.

Die Sitzung am Mittwoch war die dritte, welche sich allein mit dem Verlangen der Agrarier nach Ursprungszeugnissen beschäftigten mußte. Auch diese Sitzung brachte der Debatte und der Flut von zurückgezogenen, neuen und Abänderungsanträgen, in denen die Agrarier sich gefielen, noch kein Ende.

Die Sitzung begann pünktlich um 10 Uhr. Der Vorsitzende war offenbar durch die Flut von Telegrammen, welche gegen die Ursprungszeugnisse seitens Handelskammern und kaufmännischen Vereinigungen eingegangen waren, etwas nervös geworden. Das zeigte sich bei der Unterbrechung des ersten Redners, des Abgeordneten Brömel (fr. Vg.). Brömel legte in sachlicher, klarer Weise nochmals die Unhaltbarkeit des agrarischen Standpunktes dar, gestellte die Ueberrumpelungsstunde der Herren vom Agrarierlande und bat dringend um Ablehnung der gestellten Anträge. Als er auf die Aufregung im Lande hinwies, die das Verlangen der Agrarier hervorgerufen habe, machte der Abg. Camp eine Handbewegung. Brömel kritisierte diese abfällige Art, berechnete Interessen mit einer Handbewegung abzutun. Der Vorsitzende wollte die Ausführungen über die Handbewegung nicht zulassen; schließlich mußte er aber den eindringlichen Darlegungen Brömel's, daß ihm doch nicht verwehrt werden könne, zur Sache sachlich zu reden, nachgeben.

Die Nervosität des Vorsitzenden erreichte jedoch nicht den Grad, den die Nervosität der Antragsteller erreichte. Zu dem früher gestellten Antrag Venner (natl.) und Genossen war, wie bereits mitgeteilt, von einigen Mitunterzeichnern dieses Antrags eine andre Fassung vorgeschlagen, die kurzweg den Namen „Antrag des Grafen Kautz“ führte.

Zu dem ersten Antrag stellte der Abg. Camp (Sp.) den Antrag, einen Zusatz zu machen, dahingehend: „Wenn über den Ursprung aus einem Lande mit den niedrigeren Zollsätzen Zweifel nicht bestehen, so kann von der Verbringung eines besonderen Nachweises über den Ursprung Abstand genommen werden.“

Ein anderer Antrag, den Camp in Gemeinschaft mit Freiherrn von Hehl stellte, will folgende Fassung für den Nachweis der Ursprungsatteste:

„Bei der Einfuhr von Waren, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ist ein Nachweis über den Ursprung derselben zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung zu dem höchsten Zollsatze stattfindet.“

Im Laufe der Debatte verschwanden diese eben genannten Anträge durch Zurückziehung und an ihrer Stelle bringen die Abgeordneten Camp (Sp.), v. Kardorf (Sp.), Sped (C.), Dr. Heim (C.), Herold (C.), Müller-Fulda (C.), Dr. v. Komierowski (Pole), Graf v. Schwerin-Löwit (L.), Herr Hehl zu Herrnsheim (natl.), Kettich (L.) und Herr v. Wangenheim (L.) folgenden Antrag ein:

„Bei der Einfuhr von Waren, welche je nach dem Herkunftslande verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ist ein Nachweis darüber, in welchem Staate die Herstellung der Ware erfolgt, zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung zu dem höchsten Zollsatze erfolgt. Ueber die Art und Weise, in welcher dieser Nachweis zu führen ist, trifft der Bundesrat die erforderlichen Bestimmungen. Wenn über die Herstellung in einem Lande, welches Anspruch auf die Abfertigung zu den niedrigeren Zollsätzen hat, Zweifel nicht bestehen, so kann von der Verbringung eines besonderen Nachweises über den Ursprung Abstand genommen werden.“

Hierzu hat der Abg. Camp folgenden Zusatz beantragt: „Als Land der Herstellung gilt das Land, in welchem die Ware erzeugt oder einer solchen Umarbeitung im freien Verkehr unterzogen worden ist, daß die umgearbeitete Ware einem höheren Zollsatze unterliegt als die Ware vor der Bearbeitung.“

Im Laufe der Debatte, an der sich die Abg. Graf v. Schwerin (L.), Herr v. Hehl (natl.), Sped (C.), Camp (Sp.) seitens der Agrarier, Brömel (fr. Vg.), Stadthagen (Coc.), Gothein (fr. Vg.) und Singer (Coc.) seitens der Gegner des Zolltarifgesetzes beteiligten und die durch wiederholtes Eingreifen der Regierungsvertreter — des Staatssekretärs v. Posadowsky, des Ministers Müller, der Geheimräte Johannes und Wermuth und des Unterstaatssekretärs v. Fischer — belebt wurde, lehnt der Abg. Camp (Sp.) unter dem Ausdruck tiefempfundener Dankes für die Belehrung, die er über die Unhaltbarkeit seines Antrages erhalten hatte, seinen Antrag zurück.

Wenige Minuten später nimmt Graf Schwerin (L.) den zurückgezogenen Antrag Camp unter Streichung der Worte „im freien Verkehr“ wieder auf.

Graf Posadowsky weist auf die Erregung hin, die die Anträge der Agrarier im Lande hervorgerufen haben. Er zeigt einen Stoß von Telegrammen vor, die ihm zum Teil von sehr entschiedenen Zollanhängern gegen den Antrag betreffend den Nachweis von Ursprungszeugnissen an diesem Morgen zugegangen sind. Die Anträge seien insgesamt gefährlich, fast undurchführbar und haben die schlimmsten Beschränkungen im Lande erweckt. Mit Notwendigkeit würden solche Anträge, wenn sie Gesetz würden, die schlimmsten Retorsionsmaßregeln zur Folge haben. Hierdurch würde unsere Industrie, da doch Rohprodukte für uns notwendig sind und wir fertige Fabrikate ausführen, aufs aller tiefste gefährdet werden und Epitanen, Glaserieien und umnähen Schreibern die Thür und Thor geöffnet. Wenn die Antragsteller betonen, sie wollten den bestehenden Zustand lediglich gesetzlich fixieren, so besage ihr Antrag das direkte Gegenteil. Wollte man den bestehenden Zustand gesetzlich fixieren, so würde etwa folgender Antrag dem entsprechen:

„Unterliegt die eingehende Ware, je nach ihrem Ursprung, verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis des Ursprungs abhängig gemacht werden; die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat.“

Er stelle anheim, diesen Antrag vielleicht einzubringen.

Die Abg. Gothein (fr. Vg.) und Fischbeck (fr. Vg.) legitimieren nunmehr dieses Ansinnen des Herrn Staatssekretärs durch ihre Unterschrift. Dasselbe steht mit zur Debatte.

Als der Abg. Singer (Coc.) zum Schluß das Wort ergreift, wird ein neuer Antrag des Abg. Graf Kautz (L.) vorgelegt, der folgende Fassung vorgibt:

„Bei der Wareneinfuhr ist ein Nachweis über den Ursprung der Ware zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung unterbleibt. Von diesem Nachweis kann abgesehen werden, wenn über den Ursprung kein Zweifel besteht. Die näheren Vorschriften über Form und Inhalt dieses Nachweises erläßt der Bundesrat.“

Singer bedauert, daß hier fortwährend Anträge gestellt, zurückgezogen, wieder abgeändert werden, so daß bald niemand mehr wisse, was die Herren eigentlich wollen. Konsequent sei nur der Abgeordnete v. Hehl, der bei seinem Antrag stehen geblieben sei. Der letzte Antrag sei ja ein Fall allerhöchster Art, da er nun auch wieder die zollfreien Waren mit Ursprungszeugnissen nachweisen belasten wolle. Die gesamten Anträge wollen verfallen lassen den Zollkrieg vorbereiten und außerdem die Verantwortung dem Bundesrat zuschieben. Ein weiterer Zweck der Anträge sei ja, die Einfuhr von Waren nicht nur durch höhere Zölle, sondern durch solche Bestimmungen zu verhindern und die Waren für die Bevölkerung zu verteuern. Es ist wohl noch nicht vorgekommen, daß in dieser Weise jeder Begründer einen andern Sinn in seinen Antrag hineingelegt wissen will, und sobald die Unhaltbarkeit des einen Antrags dargelegt, wieder mit einem ähnlichen Antrag kommt, der mit etwas andern Worten in gesetzlich-unnötiger und handelspolitisch gefährlicher Weise daselbst wolle. Das sei doch in der That die reine Zeitverdröbelung. Man sollte die Beratung vertagen und die Herren Antragsteller so lange einsperren, bis sie eine Form für ihre Absicht gefunden haben, von der sie nicht wieder abgehen. Auch der Antrag Gothein-Fischbeck, für dessen Einbringung Procura seitens des Herrn Staatssekretärs erteilt sei, sei ja, wie der Antragsteller selbst hervorgehoben hat, mindestens überflüssig, soweit er einen bestehenden Zustand gesetzlich fixieren wolle. Redner gesteht dann noch die Behauptung des Abg. Hehl: man dürfe sich von der Agitation draußen nicht betören lassen. Diese ganzen wirren Anträge über Ursprungszeugnisse haben ja doch ihren Ursprung in einer Eingabe des Bundes der Landwirte. Die Kernkommission dieser Herren scheint so gewirkt zu haben, daß die Antragsteller unter allen Umständen irgend etwas, und sei es das Versteckteste, zu Stande bringen wollten. Die Abgeordneten seien Vertreter der Gesamtheit und haben deren Interessen zu vertreten. Diese Interessen erfordern aber mit Notwendigkeit, derartige Anträge abzulehnen. Da es inzwischen beinahe 1 Uhr geworden ist, beschränkt sich der Minister Müller darauf, die Unannehmlichkeit der gestellten Anträge nochmals kurz aus seinem Standpunkt darzulegen und zu betonen, daß der letztegehende Antrag des Grafen Kautz einen Rückfall allerhöchster Art bedeutet.

Die Sitzung wird um 1 Uhr auf Donnerstagvormittag 10 Uhr vertagt.

Legierig kann man sein, wie lange es dauert, bis die Agrarier eine Sprache gefunden haben, die verständlich ist und wie lange das Spiel noch dauern soll, die kostbare Zeit der Kommission mit von vornherein ausichtslosen, unannehmbaren und undurchführbaren Anträgen zu belasten.

## Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission des Reichstags. Der Apotheker Hing in Gr. Lübbek, unterstützt von einer Reihe seiner Berufsgenossen, petitioniert um „Verbesserung des Militär-Apothekerverwesens“. Die Apotheker nahmen nicht diejenige Rangstufe ein wie ihre Berufsgenossen in Oesterreich, Frankreich und andern Staaten. Sie fordern ferner, daß ihre Uniformen mit Gold- und Silberstickerei versehen werden. Endlich fordert die Petition, daß die Apotheker beim Militärdienst sechs Monate im Bassendienst ausgebildet und nur sechs statt zwölf Monate im Militärhospital verwendet werden sollen. Der Regierungslombilla erklärte, daß im Kriegsministerium eine Kommission bestünde, die sich eingehend mit den Wünschen der Apotheker beschäftigen würde.

Abg. Thiele (Coc.) beantragte, die Petition, soweit sie eine bessere dienstliche Ausbildung der Apotheker fordere, dem Reichsminister als Material zu überweisen, über die Größe und Uniformfrage aber zur Tagesordnung überzugeben. Die Petition sei offenbar ein Produkt der Eitelkeit der Herren Apotheker.

Abg. Krämer (natl.) führte aus, daß der Apotheker doch auch ein gebildeter Mann sei und deshalb Anspruch auf gesellschaftliche Rücksichten habe. — Die Kommission beschloß, gegen die 5 Stimmen der Socialdemokraten, die Petition dem Reichsminister zur Erwägung zu überweisen.

Die Witwe Spranger in Neubrandenburg petitioniert um Erlaß von Vorschriften zur Verhütung der Verdringung Scheintoter. Die Petition, so beschloß die Kommission, soll dem Reichsminister zur Kenntnisnahme überwiehen werden.

Eine Petition, betreffend Erlaß strafrechtlicher Bestimmungen zur Verhinderung medizinischer Eingriffe zu diagnostischen, Heil- und Zimmernierungszwecken an Menschen, soll dem Reichsminister zur Erwägung; eine solche, betreffend die Halbfahrt der Besitzer von Kraftwagen (Automobil- oder Motorfahrzeugen), soll dem Reichsminister als Material überwiehen werden.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet in ihrer Sitzung am Dienstagabend zunächst den Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung. Aus der Mitte der Kommission wurde hervorgehoben, daß die Kohlenpreise eher zu hoch als zu niedrig veranschlagt worden seien, während von der Bergwerksverwaltung die Preise als durchaus angemessen bezeichnet wurden. Seitens der Regierung wurden auch noch Mitteilungen über den Kauf von Bergwerken im westfälischen Kohlengebiet gemacht. Die Kommission wurde aber ersucht, diese Mitteilungen als vertrauliche anzusehen, da die den Ankauf betreffende Vorlage noch nicht durch die Denkschrift des Königs perfekt geworden sei. —

## Versammlungen.

Eine Versammlung für den sechsten Berliner Wahlkreis, welche sehr gut besucht war, tagte am Dienstag im Berliner Prater. Genosse Hubert sprach über das Thema: Welche Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der Landtags-Wahl? Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Sodann gab der Vorsitzende Freythal den Schiedspruch der Kontrollkommission in Sachen des Organisationsstreites im Kreise bekannt. Derselbe hat nachstehenden Wortlaut:

Die Wahlvereinsorganisation, welche sich ein großer Teil der Genossen des sechsten Kreises gegeben hat, verstößt nicht gegen das Organisationsstatut der Partei. Die Resolution 72 bildet eine Ergänzung des Organisationsstatuts, über deren Rechtsgültigkeit als Beschluß einer Parteitagmehrheit kein Zweifel bestehen kann. Zweck dieser Ergänzung war, unsere Grundfäden und unsern Programmsatz entsprechend den Frauen die Möglichkeit zu unbeschränkter Teilnahme am Parteileben zu sichern. In welchen Formen aber dieser Zweck, der unter allen Umständen festzuhalten ist, am besten erreicht wird, das zu entscheiden steht unserer Auffassung nach den organisierten Genossen der einzelnen Kreise zu. Dafür spricht unserm Erachten der Umstand, daß der auf diesen Zweck bezügliche Antrag nicht dem Organisationsstatut selbst eingefügt, sondern als besondere Resolution angenommen ist. Was den Beschluß eines großen Teils der Genossen des sechsten Wahlkreises anbelangt, sich eine Organisationsform zu geben, welche sich in Gegensatz zu den Beschlüssen der Vertreter der übrigen Wahlkreise stellt, so bedauern die Kontrollen auf das lebhafteste, daß sie nicht die Möglichkeit besitzen, auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beschließen zu können, daß Berlin und seine Vororte auch fernerhin ein einheitliches, organisatorisch fest verbundenes Agitations- und Arbeitsgebiet bleibt. Sie miß-



billigen es nachdrücklich, daß ein großer Teil der Genossen des letzten Wahlkreises durch gesondertes Vorgehen jene stramme Einheitslichkeit und Disziplin durchbrochen hat, welche in der Praxis so vorzüglich erprobt worden ist und deren weiterer Bestand aus politischen und praktischen Gründen auch fernerhin dringend zu wünschen ist.

Welche Konsequenzen das böse Beispiel des Disziplinbruchs gegenüber den Organisationsgebilden zeitigt, die unter dem Zwang äußerster Notwendigkeiten geworden sind und ihre Verpflichtungen auferlegen, beweist die nachdrücklich zu beurteilende Gründung einer Sonderorganisation in der Schönhauser Vorstadt, die keinen Anspruch auf Anerkennung in der Partei erheben kann.

Die Kontrolleure erwarten von den Parteigenossen, daß ihre schon so oft unter schwierigen Verhältnissen bewährte Disziplin und Solidarität auch die gegenwärtige Krise überwinden wird und daß die Gesamtpartei sie baldigt in der alten Geschlossenheit aufmarschieren sieht.

Berlin, den 23. Januar 1902. H. Meister.  
Der Vorsitzende führt zu vorstehendem Schiedsspruch aus, daß es das dritte Mal sei, daß sich eine Partei-Instanz mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat. Auch jetzt hätten die Genossen der Schönhauser Vorstadt unrecht bekommen, genau so wie die ersten beiden Male, wo es sich allerdings nicht um einen Schiedsspruch, sondern um Versuche zur Einigung gehandelt habe. Auch sei die diesmalige Anregung zur Fällung des Schiedsspruches nicht vom Kreis, sondern von den Parteigenossen Berlin ausgegangen. Die oppositionellen Genossen seien mit der Fragestellung durchaus einverstanden gewesen. Obwohl nun die schon vorher in der Sache ergangenen Bescheide den Sonderbündlern unrecht gegeben haben, so haben sich dieselben bisher noch immer an die Resolution 72 des Mainzer Parteitagess geklammert. Auch dieser Halt sei denselben jetzt durch den Schiedsspruch genommen. Außerdem sei ja auch die Bestimmung betreffs der Wahl der Vertrauensleute, die seiner Zeit den größten Anstoß erregt habe, auf Wunsch der Genossen geändert worden. Somit scheidet die Resolution 72 als Streitobjekt aus.

Die Frage der Einheitslichkeit des Aktionsgebietes ist erst aufgeworfen worden, als die Reorganisation bereits längst beschlossen war. Redner will nicht nachforschen, von wem dieselbe aufgeworfen ist. Es sei nur festzustellen, daß diese angebliche Einheitslichkeit bisher noch nie bestanden hat. Die „Einheitslichkeit“, die bis dato bis zu einem gewissen Grade bestanden hat, war eine durch den § 8 des dreihundert Vereinsgesetzes ergangene; dieselbe war begründet auf dem Selbstbehaltungsgesetze. Außerdem sind ja andre Kreise dem Beispiel des sechsten schon gefolgt. Es hat sich bei den Verhandlungen über diese Frage herausgestellt, daß selbst die tätigen Genossen über die internen Einrichtungen anderer Kreise gar nicht unterrichtet sind, folglich können dieselben darüber auch nur schwer ein Urteil fällen. Mit Recht und Recht könnte der Wahlverein dagegen protestieren, daß ihm von anderen Kreisen Disziplinbruch vorgeworfen wird. Davon kann gar keine Rede sein, da wir uns bereit erklärt haben, in allen Körperchaften in der bisherigen Weise mitzuwirken.

Dann ist man hergekommen und hat gesagt: „Ihr seid die Sonderorganisation, nicht die Schönhauser Vorstadt!“ Demgegenüber muß darauf festgehalten werden, daß nur diejenigen als die berechtigten Vertreter der Partei zu betrachten sind, die von der Organisation des Kreises als solche bestimmt sind. Wenn der Vertrauensmann Bünich in einer der ersten Versammlungen der Sonderbündler erklärt hat, „die Organisation, die wir jetzt gründen, hat die Sanktion des Parteivorstandes“, so könne er, Frenthaler, heute erklären, daß das unrichtig gewesen sei. Aber sicher seien nur durch diese Erklärung Bünichs eine große Anzahl Genossen veranlaßt worden, der Sonderorganisation beizutreten. Wie der Parteivorstand über Sonderorganisationen in der Partei denkt, das ergab sich ja sehr deutlich aus seiner in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Antwort an die Hamburger Accordmaurer. Und dabei mußte noch zu deren Gunsten in Betracht gezogen werden, daß es sich da um Ausgeschlossene, und hier um freiwillig Ausgetretene handelt. Was es mit der so oft betonten Friedensliebe von Bünich, Vorkamm und andern auf sich habe, das ergab sich ja am besten daraus, daß wie schon immer so auch heute wieder die Sonderorganisation am selben Tage eine Versammlung arrangiert, an dem auch der Wahlverein eine solche stattfinden läßt. Das kann doch nur den Zweck haben, eine Aussprache und Klarstellung zu erreichen. Wenn das nicht anders wird, dann können die Vertreter der Schönhauser Vorstadt nicht auf Anerkennung bei den verschiedenen Partei-Institutionen rechnen.

In der Diskussion sprachen Klose und Rüniger im selben Sinne. Ersterer betonte noch besonders, daß das betreffende Parteivorstands-Mitglied, auf welches Bünich sich stütze, in einer Sitzung sich ganz entschieden dagegen ausgesprochen habe, die Sonderorganisation irgendwie sanktioniert zu haben. Im Gegenteil habe dieser Genosse ausdrücklich erklärt, daß Bünich verpflichtet sei, den ersten Schritt zur Auflösung der Sonderorganisation zu tun. Frenthaler macht besonders noch darauf aufmerksam, daß die jetzige Instanz nicht vom Wahlverein, wohl aber von den Schönhauser Genossen mit angerufen worden sei — aber auch jetzt erkennen dieselben den Bescheid wiederum nicht an. Von den während der Ausführungen Frenthalers zahlreich erschienenen abwesierenden Genossen der Schönhauser Vorstadt beteiligte sich trotz wiederholter Aufforderung keiner an der Diskussion. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Der Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt) hielt am Dienstag bei Puhmann eine stark besuchte außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Ein auf der Tagesordnung stehender Vortrag des Genossen Borgmann über die Krankenversicherung der Heimarbeit wurde abgelehnt und in die Berichterstattung über den Schiedsspruch der Parteikontrolleure eingetretet. Wie der Referent Borgmann ausführte, haben sich die Berliner Vertrauensleute an die Kontrolleure gewandt, und diese erliefen eine Entscheidung darüber zu fällen, ob im Hinblick darauf, daß Berlin seitlich in Bezug auf Organisation und Organisation ein einheitliches Ganzes bilde, ein

einzelner Kreis berechtigt ist, sich eine neue, von der bisherigen Form abweichende Organisation zu geben und dadurch die Einheitslichkeit zu durchbrechen, wie es die Mehrheit des sechsten Kreises gethan habe. Die Kontrolleure haben sich am 23. Januar mit der Angelegenheit nochmals beschäftigt und die oben mitgeteilte Entscheidung getroffen. Genosse Borgmann unterzog diesen Bescheid einer eingehenden Kritik, deren wesentlichsten Inhalt die nachfolgende, vom Referenten eingebrachte Resolution enthält:

Die Versammlung erklärt, sich der Auffassung der Parteikontrolleure bezüglich der Resolution 72 nicht anschließen zu können, da wohl der Zweck richtig dargestellt ist, der Weg aber, auf welchem dieser Zweck erreicht werden kann, ganz falsch und irrtümlich bezeichnet wird.

Die Resolution 72 giebt diesen Weg klar und deutlich selbst an, indem sie anordnet: „In denjenigen Bundesstaaten, wo das Gesetz den Frauen die Beteiligung an politischen Vereinen verbietet, ist das Vertrauensmänner-Schichtem aufrecht zu erhalten.“ Nirgendes findet sich eine Stütze dafür, daß es den Genossen überlassen wäre, wie sie diesen Zweck erreichen wollen.

Die Versammlung schließt sich aber der Auffassung der Kontrolleure an, wonach die sogenannte Neu-Organisation des sechsten Kreises das Produkt eines Disziplinbruchs ist, und ist fest davon überzeugt, daß es keine Partei-Instanz giebt, die die 1400 organisierten Genossen der Schönhauser Vorstadt zwingen könnte, einen solchen Disziplinbruch mitzumachen.

Die einzige berechtigte Organisation des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises ist die unsrige, denn sie befindet sich mit den Beschlüssen des Parteitagess im Einklang und geht mit der Organisation der Mehrheit der übrigen Berliner Reichstags-Wahlkreise Hand in Hand.

Unbeschadet dieser unserer Auffassung sind wir bereit, dem Wunsch der Kontrolleure Rechnung zu tragen und aufs neue eine Einigung anzustreben und hierzu die Vermittlung des Parteivorstandes anzurufen. — Der Vorstand wird beauftragt, den Parteivorstand von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen.

Der Referent betonte unter andern, daß die Genossen der Schönhauser Vorstadt nicht durch persönliche Motive, sondern einzig und allein durch ihre principielle Auffassung bestimmt würden, den von ihnen eingenommenen Standpunkt zu vertreten. Die alte Organisation würde man sich gern mit den Genossen auf der andern Seite verständigen. Der Redner hofft, daß infolge der erneuten Kurierung des Parteivorstandes eine Einigung erzielt werde. Die Genossen der Schönhauser Vorstadt seien bereit, die Hand zum Frieden zu bieten, aber sie würden sich niemals von den Genossen auf der andern Seite niederzwingen lassen.

Die Diskussion gestaltete sich im wesentlichen zu einer Auseinandersetzung zwischen den Genossen Borgmann und Bünich einerseits, sowie den Genossen Wittorf und Rüniger andererseits, welche den Standpunkt der Anhänger der Reorganisation vertraten. Nach Schluß der Diskussion wurde die Resolution Borgmann gegen einzelne Stimmen angenommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 30. Januar.  
Cyperhaus. Hellmar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.  
Schiller. Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die verunkelte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leipzig. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rehrens. Die japanische Waise. Vorher: Chassez-Croisez. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Weihen. Bitter Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sereffionsbühne. Dellek Eisenkruz Bantes Brett. Anfang 8 Uhr.  
E. v. Wolzogens. Buntes Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Trianon. Lebende Lieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.  
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luffen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weh. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vette-Affiance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Cryphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari-Brett. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.  
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterjaal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hösaal um 8 Uhr: Dr. Spies: Wechselstrom und Drehstrom. Invalldenstr. 57/62. Täglich Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr: Einsame Menschen. Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.  
Freitagabend 8 Uhr: Der Jongleur.  
Sonabendabend 8 Uhr: Der Jongleur.

### Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera  
Im Hösaal um 8 Uhr:  
Dr. Spies:  
„Wechselstrom und Drehstrom.“  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Castans Panoptikum

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Konkurrenzkampf zwischen dem Kraftturner Alex Meyer und dem Berufsschleichen Heinrich Domrowski  
bekannt durch sein Auftreten im Wintergarten.

### Central-Theater.

Heute Donnerstagsabend 7 1/2 Uhr:  
Das süße Mädel.  
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.  
Freitag: Das süße Mädel.  
Sonabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. — Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. — Sonabendnachmittag 5 Uhr, halbe Preise: Der Seeladest.

### Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11.  
Damen-Luftkampf  
ausgeführt von 12 jungen Damen.  
Neu! Der Gesangs-Humorist Amon  
in seinen Zwerchfell erschütternden Bauertypen.  
Neu! Schindler,  
der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.  
Michel Mayer,  
der stärkste Mann der Welt, zahlt 1000 Mk., dem, der seine Hanteln nachhebt.  
16 erstkl. Nummern.

### Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)  
Lothringersstraße 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Eintritt: I. Platz 1 Mk., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direktion: Fross.

### Apollo-Theater.

Letzte Woche:  
König Aqua  
ferner die vorzüglich. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
Voranzeige.  
Montag, den 3. Februar 1902:  
Erstes Gastspiel des ges. Ensembles vom Berliner Central-Theater

### Das süße Mädel.

Metropol-Theater  
Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
'ne feine Nummer!  
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
Frauchens Weihnachtstisch.  
Anfang 8 Uhr.  
Banchen überall gestattet.  
Sonabend, 1. Februar:  
3. Metropol-Theater-Ball.

### Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.  
Heute und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:  
Seine Kleine.  
Große Berliner Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm u. G., Guido Thielcher, Himmerding, Junfermann, Paul Müller, Gerba Walde, Volz, Wannowitsch, Junfermann. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Anfang 8 Uhr:  
Das Jungfernstift.  
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Chivot. Musik von Jean Gilbert.  
Minna Michetti als Gek. Worgen: Das Jungfernstift.

### Belle-Affiance-Theater.

Die Dame aus Trouville.  
Schwom u. Wegang u. Tang i. 3 Akten. Emil Sondermann, Ferd. Wormd. Missi Birker, Rosa Marton.  
Hierauf: Cr. Pariser Lebensbild in einem Aufzuge.  
Sonabendnachmittag 5 Uhr, keine Preise: Anne-Liese.

### Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt.  
Jeden Sonabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

### Max Kliems Festsäle

Gartenstraße 13-15.  
Umstände halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige Sonabende im März und der Palmsonntag frei geworden. 33038

### Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Donnerstag, den 30. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
Vorstellung vor Serenissimus  
Familienidyll etc.

### E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrett)  
Köpnickersstr. 68.  
Donnerstag, den 30. Januar 1902:  
Lina Abarbanell, Bozema Bradsky u. Oskar Strauss.  
U. a.: Nora-Parodie. Die beiden Pierrots. Brahms'sche Duette. Anfang 8 Uhr.

### Palast-Theater

(früher Heer-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Nur noch bis Freitag  
die bis jetzt einzig bestehende  
Ausstattungs-Gesangs-Burleske  
Großstadtzauber.  
Guge Lustig: Die H. Winkler.  
Freitag, den 31. Januar:  
Sommerfeld-Benefiz.  
Die Wih. Fröbel in der Operette  
Die süßen Mädel.  
Abschieds-Auftreten der gesamten  
Kunst-Spezialitäten  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Sonabend: Wegen Schwatzenheit geschlossen.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
Unser Liebling  
oder: Wenich ärgere Dich nicht.  
Pöffe mit Wegang in 5 Akten von Leon Trepton. Musik von G. Steffens.  
Heute: Tanzkränzen.  
Freitag: Die Haubenreche.

### Charivari-Brett

Alte Jakobstr. 37.  
Pepi Weiss  
Helena Dyas  
Stella Ruth  
Albert Kühne  
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

### Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.  
Nur noch bis Freitag das einzig bestehende Januar-Programm.  
Nur noch bis Freitag:  
Weihnachten.  
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

### Wandel - Panorama.

Leipzigerstr. 78/74  
am Dönhofsplatz  
Orient-Reise mit der Luftschiff „Prinzessin Victoria Luise“. Vorstellungen täglich 12, 2, 4, 6, 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. 7/2

### Trianon-Theater

Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr. zwisch. Charlotten- u. Universitätsstr.  
Lebende Lieder und kleine Spiele. Sonntagsnachm. 4 Uhr: Neues Kinder-Theater (früh. Künstlerhaus) Tierspiele, Kinder-Quartett.

### Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

### Cirkus Busch

Donnerstag, 30. Jan., abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Vorstellung. Klondike. Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Die rätselhafte Comtesse X.

### THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.

(FINANZ- & HANDELSBANK)  
Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 6 000 000 Vollbezahlt.  
28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E. C.  
Telegramm-Adresse: AMIRALAT, LONDON.  
AN- und VERKAUF von Wertpapieren an der LONDONER Börse, BEIHALTUNG von sämtlichen an Londoner und Berliner Börsen kursierenden Wertpapieren bis 95 pCt. des Kurswertes, Lombardzins von 4 pCt. zugl. Kontokorrentausführung, Wechsel-Discountierung, Tägliche Kursberichte, Anfragen über alle an der Londoner Börse gehandelte Effecten werden ausführlich beantwortet.

### Chronisch Kranke.

besonders Haut-, Narn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutmangel, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in [3118] L. Remeles Naturheilanstalt „Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin.  
Telephon-Anschluss Eberswalde No. 143.  
Während der Wintermonate sehr billige Preise. Centralheizung, Aeratl. Leitung, Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

### Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

31389-1  
D. Wurzel & Co.  
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mautenkellstrasse, Ecke

### Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 30. Januar, abends präcise 7 1/2 Uhr:  
Elise-Abend.  
Gala-Programm.  
Nur noch einige Tage die großartigen Januar-Spezialitäten u. a. Die Sensation des neuen Jodgründels

### Mirza Golem-Truppe.

Täglich interessanter und spannender werden die Entscheidungsszenen der Original-Byzance-Truppe.  
Deutiger Stand: Amerika 72... England 68... Direktor Albert Schumanns anerkannt unerreicht bestehende Original-Dressuren. Zum Schluß um 118. Male: Nur noch einige Aufführungen. Die größte und glänzendste Ausstattungs-Pantomime in 8 Akten

### Quer durch Paris.

Deutsche Konzerthallen.  
An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsort Berlin  
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung  
Ausschank:  
Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.  
Oekonom: Gustav Freilippner.

### Sansouci

Kottbusstr. 4a.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
Hoffmanns Norddeutsche Sänger  
Neu!  
Die Zillerthaler.  
Neu!  
Die Polfahnen.  
Nach jeder Fort. TANZ.  
Entree 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochent. Breitenbüchse gültig und Tanz frei.



# Achtung, Kupferschmiede!

Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7. Engel-Ufer 15:

## Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins.

Tagungs-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow: Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. 2. Nachschichtberichterstattung der öffentlichen Kommission und Bericht über die Verwendung des Dispositionsfonds. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

# Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonnabend, den 8. Februar cr., findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, ein

# Grosser Wiener Maskenball

statt, wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Ballmusik wird von Civilt-Vereinsmusikern unter Leitung des Herrn Raabe ausgeführt.

Nach der Demoskierung findet große Kaffeepause statt. Billets a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: Klebb, Joffenerstr. 22, I. St. II. Tr. Liebstreu, Neue Königstr. 18. Gies, Waldemarstr. 62, St. I. Tr. Patermann, Reinoldenbörgerstr. 65, IV. Tr. Jahn, Wilmersd. 15. Quergeb. III. Tr. Hagenstein, Solmsstr. 21, St. III. Tr. Noack, Friedrichstr. 32, Quergeb. I. Tr. Außerdem bei Herrn Bandelow, Koenigsstr. 13 im Restaurant und Herrn Brunzel, Köpenickerstr. 61, St. III. Tr.

Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr. Das Komitee. V. V.: August Klebb, Joffenerstr. 22.

# III. Motorwagen-Auktion

am Mittwoch, den 5. Februar 1902, vormittags 11 Uhr, in der Automobil-Ausstellung Berlin

bei Bahnhof Friedrichstraße, Eingang Georgenstraße, Stadtbahn-Bogen 192. Es kommen etwa 40 Motorwagen (Vergewaltigungsfahrer) aller Art zum Verkauf. Besichtigung und Vorführung der Wagen vom 3. Februar ab. Besichtigung werden auf Verlangen kostenlos zugelassen.

# Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Behm, Vanthorplatz 14/15 (Baden). - Sechster Wahlkreis (Noabit): Karl Anders, Salzweidestraße 8, im Baden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stoltenburg, Wickenstraße 41/42. - Gesundbrunnen: Hermann Rasche, Grünhaldenstr. 65. - Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: Karl Ratz, Rahmstr. 95/96. - Charlottenburg: Gustav Scharberg, Seidenhändlerstraße 1. Ecke Goethestraße, u. L. - Deutsch-Wilmersdorf: W. Ridel, Wilmersd. 108, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - Grünau: Gustav Riers, Köpenickerstraße 111. - Rixdorf: Hermann, Erkstraße 6. - Schöneberg: W. Bänzier, Apoll-Theaterstr. 13, Quergeb. - Ober-Schöneberg: Otto Sohn, Wilmersd. 18. - Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Eigarrenstraße. - Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstraße 39, I. - Adlershof: Gustav Dier, Dudenbergstraße 8. - Köpenick: Friedrich Boldt, Grünstraße 29. - Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Rixdorf 15 in Friedenau. Besichtigungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rohr, Doppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. - Baumschulenweg: Stodt, Grünstraße 2, II. - Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Ledderstraße 1, part. Unts. - Rummelsburg: Borgberg, Prinz-Albertstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden!

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse. **Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.** (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

# Das beliebteste aller Hustenmittel

Jedes Wort **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Restaurant** veräußert, Rixdorf, Bergstraße 62. +133\*  
**Altes Materialwaren-Geschäft** Hofe, veräußert Urbanstraße 33. 2125\*  
**Chahavorort**, 80 Quadratrudd im genehmigten Behausungsplan, sehr gesunde Lage, veräußert Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 775\*  
**Gardinenband** Große Frankfurterstraße 9, part. 137\*  
**Vorjährige elegante Herrensachen** aus feinen Stoffen 9-12 Markt. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21, II. 9742\*  
**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn. Oederstr. Markt 4, Bahnhofstr. 111, 7\*  
**Vorjährige elegante Herren-Hinterpaletts** und Ärmel aus feinen Stoffen 25-40 Markt. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21, II. 9742\*  
**Weiche Herrenhüte**, gute Qualität, Etha 95 Vienna. Bessere Sachen enorm billig. Ostbahnstr. Komptoir Kaiserstraße 25A, früher Baumstraße 4 und 5. Sonntag geöffnet. 9852\*  
**Herrenanzüge**, Paletots, elegante Ausföhrung, geringe Teilzahlung. Rixdorf, Landsbergerstraße 13. \*

# Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Am Sonntag, den 2. Februar, morgens 8 Uhr, gehen alle Gewerkschaftsmitglieder, welche am 26. Januar Karten ausgetragen haben, in die Bezirkslokale. Alle diejenigen, welche nicht zum Verleihen gekommen sind, treffen sich von neuem in den untenstehenden Sammellokalen. Gemäß des Beschlusses der vereinigten Gewerkschaften haben sich 10 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen.

6000 Mitglieder sind am 26. Januar ihrer Pflicht nachgekommen; es hat sich trotzdem herausgestellt, daß während in der Peripherie Berlins die Hilfskräfte keine Verwendung finden konnten, im Herzen der Stadt nicht genügend Leute waren. Um die Arbeit zu einer leichten zu gestalten, ersuchen wir alle Gewerkschaftsmitglieder, welche sich am 26. Januar nicht an der Arbeit beteiligt haben, dieses am 2. Februar zu thun.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle die Mitglieder, welche am 26. Januar mitgearbeitet haben, dagegen am 2. Februar nicht erscheinen, in der Kontrollliste als nicht mitgearbeitet aufgeführt werden.

Die Mitglieder, welche am 26. Januar keine Verwendung fanden und sich am 2. Februar zur Arbeit einstellen, werden als anwesend verzeichnet. Das letztere gilt auch für Mitglieder, welche sich am 2. Februar neu melden.

Alle Fahrer sind angewiesen, in jedem Haushalt, wo eine Karte nicht abgegeben worden ist, Nachfrage über Arbeitslosigkeit oder Erwerbsbeschränkung zu halten und dieses auf der Erfahrkarte zu notieren.

Alle Karten sind an die Bezirksführer abzugeben. Das Centralbureau ist das Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, Amt 7 3733, außerdem können am Sonntag, den 2. Februar, die Telefone 7 3258 und 7 353 benützt werden.

- Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal I und IV. **Brüder**, Waldemarstr. 75. **Reholf**, Böttcherstr. 68. **Ewald**, Schönleinstr. 6. **Habels Brauerei**, Bergmannstraße. **Königshof**, Bülowstr. 37. **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20. **Fischer**, Waldstr. 8. **Ritters**, Al-Neubau 80/81. **Schüler-Brauerei**, Turnstr. 25. **Norddeutsche Brauerei**, Chausseestraße 58. **Cöllner Hof**, Cöllnerstraße 8. **Diele**, Adlerstraße 123. **Bernau**, Schwedterstr. 23/24. **Zwinmünder Gesellschaftshaus**, Zwinmünderstr. 42. **Brinmann**, Prinzen-Allee 21. **Rümann**, Brunnenstr. 188. **Bauer**, Rosenhaldenstr. 57. **Feind**, Weinstraße 11. **Schweizer Garten**, Am Friedr. Sch. **Rönigshaus**, Frankfurterstraße 117. **Stechert**, Andreasstr. 21. **Keller**, Koppenstr. 29. **Chysium**, Landsberger Allee 40. **Charlottenburg**, Leder, Bismarckstr. 74. **Schöneberg**, Obst, Meiningenstraße 8. **Wilmersdorf**, Witte, Berlinerstraße 40. **Steglit**, Schellhase, Ahornstr. 15a. **Tempelhof**, Müller, Berlinerstr. 41. **Rixdorf**, Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. **Baumshulenberg**, Staffeld, Baumshulenbergstr. 84. **Rummelsburg**, Bentling, Goethe- u. Kantstr. 11. **Lichtenberg**, Lüttenbusch, Friedrich Karlstraße 11; Bastian, Hagen- und Gubrunnstr. **Friedrichsfelde**, Loffe, Luffenstr. 20. **Weissensee**, Schumann, Ledderstraße 118. **Pankow**, Hoffmann, Nühlenstraße 25. **Reinickendorf-Ost**, Püger, Provinzstraße 47. **Reinickendorf-West**, Engel, Eichborststr. 73. 300/2

## Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.

Unser **Bockbier-Ausstoss** hat am Montag, den 27. Januar cr. begonnen.

Helles und dunkles Tafelbier, Gambrinus Bräu, nach Münchener Art und Böhmisches Pilsener

in Fässern und Flaschen ohne Pfand.

Telephon-Amt VII 5088 für Bestellungen in Fässern. VII 1670 in Flaschen.

# Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645. In sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

## Bock-Bier 4 1/10 Liter 10 Pf.

1/2 Tonne M. 3,50. 15 1/2-Flaschen M. 1,50.

und infolge des angenehmen Geschmackes und der durch das Schäumen Wirkung mehr echte u. bei Genuß Behm, Berlin O., Frankfurter Allee 129. G. R. Preussel, Bruns Handwerkerstr. 47 u. Hermannstr. 227. Carl Ehlers, Wilmersd. 32, und Otto Schulz, Chausseestraße 84, bis-a-bis der Wilmersd. Spitzweggerichtshof-Bonbons. Nur allein zu haben.

# Kleine Anzeigen.

### Vermischte Anzeigen.

**Mikolar**. Dem esigen, feiner, getrennten Komponenten der „Korngewinn“, Hugo Krimm, ein hoch zum eleganten, sah auch die Kollegen. 788\*

**Umsatzsch. Kagen**, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steiglerstraße 65. 428\*

**Rechtsbureau**, Rechtshilfe, Eingabengeld, Kartenteilung, Andreasstraße 124/125. 1945

**Rechtsbureau**, Telefonische Einleitungs- u. Eingabengeld, Kartenteilung, 9919.

**Rechtsbureau**, „Wetten“, Festsammlerstraße 26b, beiseitegeh. Schriftföhrer! 234\*

**Modengarderobe!** Herren, Damen, große Auswahl, sonstige Anzüge billig bei Räder, Rheinbergerstraße 62. 719\*

**Waffen** - Berlin - Institut Ferdinand Dente, Berlin W., Demmlingstraße 1, vorn part. 2110b

**Amphipferci** von Frau Kolosch, Steinmetzstraße 48, Dutzendgebäude hochpart. 719\*

**Wer Stoff hat?** Feinste Herrenanzüge mit Futterhosen 15 Markt Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69, III. 1896

**Dividenden!** Wer sich über diese wichtige Angelegenheit mit der Zeit unterrichten will, verlange die Prospektblätter des Bundes gegen Absicht, welche unentgeltlich besendet werden vom Tierkuglerverein Berlin, Königsplatz 108. Tafelst. können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Kollektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 101b\*

**Weyerlexikon**, Brodhans und alle andere Bücher, leicht Gemeinamann, Kochstraße 56, I. Amt VI. 3207. 982K\*

**Vächerkauf** zu hohen Preisen. Gelsen, Rixdorfstraße 101. 1130/1\*

**Strassaden**, Waabengeld, Schanckaden, Nachschaden, Eingabengeld, Kartenteilung, Wulffow, Stalgerstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. 233b

**Rechtsbureau**, Gesehigungs-, Unfallschaden! Kartenteilung! Stellungsgeld! Putenstraße hochschuldr. 137/3

**Freunde und Bekannte** Tode erbeidet ein nach meinem Weiss- und Bayrischbier-Lokal. **Hermann Benda**, Klavierarbeiter, Mantelstr. 117.

**Die Beerdigung** gegen den Architekten Herrn Gerdt nehme ich an. 137/2 G. Zehrl, Pankowstr. 23.

**Gespelste** alten Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bayrischbier- und gr. Spelzgeschäft. Hochhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. **H. Stramm**, Wk. Ritterstr. 123.

## Julius Fischer!

**Reich- u. Bayrischbier-Lokal**. 2. Wahlkreis, Zahlstelle 1. **Boeckstr. 7.** Vereinszimmer mit Pianino zu 25 Personen. 3333b\*

**Patentanwalt Dammann**, Moritzplatz 57. Auskunft bis abends neun. 33340\*

**Dr. Simmel**, Prinzenstr. 59. Spezialarzt für 3/15\* **Haut- und Harnleiden**. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. med. Schaper** homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten**. Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

# Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle, Reste, Moquettes, Plüsch, Satteltaschen**. Muster bei näherer Angabe franco. **Emil Lafèvre, Berlin, Oranienstr. 158**

**Frauenleiden** heilt mit gutem Erfolge Frau **Grundmann**, prof. Naturheilkundige, Leiterin der Frauen-Heilanstalt Köpenickerstr. 72. Sprechst. Dienstags und Freitags, nachm. 4-8.

## Künstliche Zähne

ohne Schmerz-Gussform! **Garantiert schmerzlos!** Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. **Teilzahlung Woche 1 Mark.** **Bruno Steffens, Alexanderstr. 21**

## Ball- und Cottillon-Artikel

Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine, Masken, Dekorationen, Scherz, Kinder, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise. **Paul Schimlock, Berlin, Friedrichstr. 235.** Tel. Via. Nr. 11 873. 3347b

## Masken-Garderobe

von **Carl Ernst**, Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzüglicher Geschmack erb. 10% Preisermäßigung.

**Anzeigen** für die nächste Nummer werden bis zum Anmachestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Stellenangebote.

**Ganierer**, welche Führer etc. besuchen, haben lohnende Mittel bei **Ducan**, Bernburgerstraße 8. 1365

**Nebenberuflich** leicht, für Männer und Frauen, weiß, sofort hoch unter D. 2 Expedition dieser Zeitung.

**Schleifer** auf Schneidemäschin, lieb, wenn zugleich Hochschleifer, nur tüchtig, dauernde Stellung sucht **Schneider**, Weddingstraße 9. 222b

**Bücher** für Conting. - Jaden, welcher aus Steppen kann, nur **Schneider**, Kroner, Friedrichstraße 37. 230b

**Mantel** auf Köpfe und Paletots verlangt **Demmin**, Rottb. Damm 109. 4122

**Mantel** auf Knabenhosen, auch Hofdamenherren **Wassner**straße 87, vorn IV. 137/1

**Flotte** Gürtel - Arbeiterinnen für dauernde, lohnende Beschäftigung sucht **Beer**, Sprenckstraße 32. 230b

**Tüchtige** Belegerrinnen verlangt **E. Voers**, Stalgerstraße 28. 721

**Tüchtige** Herbigdamenherren verlangt **Kolchow u. Co.**, Schmitzstraße 6. 180

**Mantel**, Stands, Regencapote, im Laufe, Webes, Diefenbachstraße 36, III. 224b

**Gesen**, Arbeiterinnen, gefüttert 1-6. **Beer**, Demmlingstraße 36. 185b

**Mantel**, 1,75 bis 2,25 Markt Arbeiterinnen. **Fris**, Oranienstr. 11



### An die Einwohner Berlins und der Vororte!

#### Achtung! Arbeitslosenzählung!

Der Tag der Arbeitslosenzählung ist Sonnabend, der 1. Februar. Wir ersuchen alle Einwohner, die Zählkarten genau auszufüllen und sie dem Zähler bei der Abholung, welche am Sonntag, den 2. Februar erfolgt, einzuhandigen.

Da die Firma Raud u. Hartmann die Annahme unseres Plakats, dessen Inhalt kurz den Zweck erläuterte, zum Anschlag an die Säulen abgelehnt hat, so wollen wir in kurzen Worten noch einmal auf die wichtige Bedeutung der Arbeitslosenzählung hinweisen.

Sie das Publikum diene folgendes: Jeder, der gegen Lohn zu arbeiten, ganz gleich, ob die betreffende Person — ob männlich oder weiblich — Arbeit hat oder beschäftigungslos ist, hat die Zählkarte auszufüllen. Wir ersuchen ferner alle Personen, welche am 20. Januar eine Zählkarte nicht erhalten haben, sich am Sonntag, den 2. Februar, eine Zählkarte einzuhandigen zu lassen und diese Karte genau auszufüllen. Eventuell können auch Zählkarten auf unserem Bureau

#### Gewerkschaftsbüro

Engelauer 15 in Empfang genommen werden; auch senden wir nach Mitteilung von Namen und Wohnung die Zählkarten zu. Wir bitten nun nochmals um genaue Beachtung der Fragen und um sorgfältige Ausfüllung der Zählkarte.

Wir wollen noch einmal betonen, daß die Zählkarte zu keinerlei militärischen Zwecken benutzt wird, sowie daß auch keine behördlichen Organe Einsicht in die Zählkarte bekommen, sondern daß die Karte nur zur Feststellung der Arbeitslosigkeit und Erwerbsbeschränkung von uns bearbeitet wird.

Die Zähler bitten wir folgendes zu beachten: Alle Personen, die am Sonntag, den 20. Januar, mitgearbeitet haben, geben am Sonntag, den 2. Februar, früh 8 Uhr direkt nach den Lokalen zum Bezirksführer, um von da aus, nach Vermerk in den Listen, ihre Arbeit aufzunehmen. Sowie der Zähler seine Arbeit beendet hat, begibt er sich mit dem Material nach dem Lokal des Bezirksführers zurück, um dieses das Material zu übergeben.

Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, welche am 20. Januar d. J. noch nicht mitgearbeitet haben, gehen dagegen nach einem von den großen Sammellokalen, um von dort den Bezirkslokalen, wo Hilfskräfte fehlen, zugewiesen zu werden. Wir ersuchen die Mitglieder, möglichst den Mittelpunkt der Stadt zu wählen, weil dort Kräfte fehlen.

Ferner ersuchen wir, dem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, wonach jede Organisation 10 Proz. ihrer Mitglieder zu stellen hat, Beachtung zu schenken. Obwohl etwa 6000 Mitglieder der Gewerkschaften mitgeholfen haben, liegt es doch im Interesse dieser so wichtigen Arbeit, daß sich mehr Leute zur Hilfe melden.

#### Die Berliner Gewerkschaftskommission.

### Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein vom fünften Reichstags-Wahlkreis hält heute abend 8 1/2 Uhr bei Vuole, Grenadierstr. 33, seine Generalversammlung ab. Wichtige Vereinsangelegenheiten stehen auf der Tagesordnung.

Adlershof. Eine Versammlung der „Vorwärts“-Leser findet heute Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Scheer in Köpenick statt. Zahlreicher Besuch erwartet. Die Zeitungskommission.

### Tokales.

#### Die Stadtverordneten-Häuser.

Wer mit der neuen städtischen Straßenbahn von der Mittelstraße nach Norden fährt, der gewahrt an der Grenze von Berlin und Pantow eine Gruppe kleiner Häuser, die wunderbar genug von den himmelstrebenden Mietkasernen der Umgebung abheben. Die einleuchtendste Proteste gegen das Bauplanulamentum stehen inmitten dieser Proletariatsgegend recht freundliche Häuser, die über dem Erdgeschoss nur ein einziges Stockwerk tragen. Aber das Bekannte steigert sich noch, wenn die Schaffner der Wagen, welche es schon gewohnt sind, über Ursprung und Zweck jener Häuser befragt zu werden, die Auskunft geben, daß jedes dieser Häuser nur zwei Wohnungen enthält, Arbeiterwohnungen von je zwei Stuben und Küche.

Daß solche wunderliche Verschwendung des in Berlin so teuren Grund und Bodens thatsächlich geschehen ist, hat allerdings seine ganz besondere Bewandnis, und wir müssen, um eine Aufklärung geben zu können, ein wenig ausholen. Unse Leser haben gewiß das merkwürdige Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts in Erinnerung, das einer Anzahl Arbeiter in Hildesdorf in die Stadtverordnetenversammlung gewählter Parteigenossen das Mandat um bestwillen konfiszirte, weil sie nicht Alleinbesitzer eines Hauses waren. Um nun für Berlin dem gemeinlichlichen Unheil vorzubeugen, daß auch dort sozialdemokratischen Gemeindevertretern ihr Mandat entziffen werde, hat unser Parteigenosse Hugo Heimann den Entschluß gefaßt, auf dem zu diesem Zweck erworbenen Gelände an der Prinzen-Allee 46a die erwähnten Bauten errichten zu lassen. Es wurden acht Häuser benötigt, deren jedes, wie gesagt, zwei kleine Wohnungen enthält und auf etwa 25000 Mark zu stehen kam. Diese Häuser wurden dann unter günstigen Bedingungen im vorigen Herbst den in Betracht kommenden Stadtverordneten-Kandidaten käuflich überlassen und so geschah es, daß ein jeder mit einem selbst noch den unbegreiflichen Grundbesitz des Ober-Verwaltungsgerichts unanfechtbaren Mandat ins Neue Haus einzog. Von einer irgendwie nennenswerten Vergütung der Bauten kann natürlich nicht die Rede sein; aber dies Opfer ist die Sicherung einer sachgemäßen Vertretung des Berliner Proletariats schon wert.

Unser Parteigenossen Heimann schwebte aber beim Bau der Stadtverordnetenhäuser noch mehr vor als die Schaffung einwandfreier sozialdemokratischer Stadtverordneten-Mandate. Er wollte bei dieser Gelegenheit auch zeigen, wie Arbeiterwohnungen beschaffen sein müssen, ein Unterfangen, das heute, wo das Proletariat für elende Lächer himmelstrebende Mietpreise zu zahlen hat, doppelt anerkanntenswert ist. So kamen denn unter der sachkundigen Leitung der Architekten Breslauer und Salinger im ganzen hiebzehn Arbeiterwohnungen zu stande, die in ihrer Art wohl musterhaftig genannt werden können.

Das Grundstück, um das es sich handelt, hat eine Frontlänge von 14,78 Meter und eine Tiefe von 100 Meter. Von dem Flächeninhalt wurde nicht einmal die Hälfte als eigentlicher Baugrund ausgenutzt; das übrige Areal kam auf Vorgärten etc. Jede der zu einem wohlfeilen Preise vermieteten Wohnungen enthält außer den zwei Stuben und der Küche einen Abort, eine Speisekammer, den Flur, sowie Keller und Bodenträume. Für Gasleitung und andre entsprechende Bequemlichkeiten ist selbstverständlich auch gesorgt. Zu jedem Hause gehört ferner ein Garten, der mit einem gelingefreudigen Stadterzeugnis besonders eingepfercht ist.

Die Ausführung der Bauten erfolgte in solider Weise. Die Fronten sind in hydraulischem Mörtel geputzt, ein Material, das mit einem feiner Erneuerung bedürftigen Anstrich versehen, völlig wetterfest ist. Hier und da sind Verzierungen aus dem gleichen Material vom Bildhauer frei angebracht. Einige Erkerfenster und Ballone beleben die langgestreckte Front, die von einem weißüberziehenden flachen Ziegeldach gekrönt ist. Das Gesamtbild der Häuser hat dadurch noch eine besondere Lebendigkeit erhalten, daß die Farbe mit maßvoller Beschränkung verwendet worden ist. Zu dem einfarbig roten Dächern steht im schlichtem Gegensatz die gelblich graue Putzfärbung der Fronten mit ihren weißgestrichenen Fenstern, während die Hausdächer bald leuchtend kräftigrot, bald blau gehalten sind. Blumenläden in blauer, grüner und roter Farbe und grünes Spalier in einigen Punkten geben den Häusern auch äußerlich den Eindruck besonderer Wohnlichkeit. Auch die Gartenkunst ist zur Aufschmückung der Häuser herangezogen worden; bereits im vergangenen Herbst wurden an passenden Stellen wilde Weinreben und andre Ranken gepflanzt. Prunkvolle Architekturformen sind bei den einzelnen Häusern natürlich außer acht gelassen worden, jedoch haben die Baumeister es verstanden, durch eine selbständige, aber dem Ganzen angepaßte Ausgestaltung jene tote Einseitigkeit zu vermeiden, die sonst einer Ausbühnung kleiner Wohnungen leicht anhaftet.

Dem Reiz entspricht das Interieur der Wohnungen; auch hier ist alles in warmen, anheimelnden Farben gehalten. Daß die Bauten in jeder Beziehung solide und praktisch hergestellt sind, wäre überflüssig zu erwähnen. So darf man wohl sagen, daß die Stadtverordneten-Häuser dem Bauherrn wie den Architekten Lob spenden und unter den wenigen musterhaft eingerichteten Arbeiterwohnhäusern an erster Stelle genannt zu werden verdienen. Wohl zum erstenmale ist wenigstens für Berlin der Grundsatz durchgeführt worden, daß über Bauten dieser Art nicht allein das Nützlichkeitsprinzip waltet, sondern auch ein Hauch von Schönheit hinzugeleitet soll.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 30. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Wahl der 11 Mitglieder der Schuldeputation. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Abnahme von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerlage von 4 M., umfassend ein Einkommen von mehr als 600 bis 900 M. einschließlich. — Vorlagen betreffend die Genehmigung einer neuen Bekleidungsordnung für die Waisenverwaltung und die Erhöhung der Kostgelder. — Die Preisübertragung der auf den Steindepots lagernden und für städtische Pflasterungen nicht mehr verwendbaren alten Steine. — Ausnahme von der Versicherungspflicht städtischer Beamten nach dem Krankenversicherungs-Gesetze. — Die Bewilligung von Ehrenpreisen an den Agnologischen Klub Berlin für die erste internationale Winter-Ausstellung von Hunden aller Rassen. — Die Vergütung der Verpflegung, Bedienung, Unterhaltung und Aufrechterhaltung der städtischen Sprengwagen für die Zeit vom 1. April 1902/1903. — Die Unfallversicherung des Treiberpersonals am städtischen Vieh- und Schlachthof. — Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die unentgeltliche Gewährung der Kur und Verpflegung in städtischen Krankenhäusern an die in Berlin wohnenden, mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen — und die in der Aula des Zoll-Realgymnasiums zu dem Zweck stattfindenden regelmäßigen Versammlungen, für die sogenannte metaphysische Heilmethode Propaganda zu machen. — Vorlage betreffend die Wahl eines Geistlichen für das Arcutorium des evangelischen Säkular-Stipendiums. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines unbesoldeten Stadtrats eingesetzten Ausschusses.

Die ehemalige Kaserne in der Alexanderstraße gegenüber der Waganzstraße wird demnächst von der Wilsfläche verschwinden, nachdem sie in den letzten Jahren nur noch als Verkehrsbehinderung gedient hat. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Erwerbung der zur Verbreiterung der Alexanderstraße erforderlichen Grundstücksflächen hat beschloffen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, sich mit der Erwerbung des Grundstücks Alexanderstraße Nr. 10/11 von etwa 344 Quadratmeter gegen Zahlung von 300 Mark pro Quadratmeter und Übernahme der durch die Freilegung derselben entstehenden Nebenkosten im Betrag von etwa 3300 M., sowie mit dem Anerkenntnis, daß die der Stadtgemeinde durch diesen Landenerwerb und die daran anknüpfenden Kosten vom Fiskus oder dessen Nachfolgersolger in Gestalt von Antiegebeiträgen nicht wieder eingezogen werden können, einverstanden zu erklären. Ferner erklärte sich der Ausschuß mit der Erwerbung der zur Verbreiterung der Straße außerdem noch erforderlichen Flächen der im Privatbesitz befindlichen Grundstücke Alexanderstraße 12 und 12a von 136 Quadratmeter bzw. 80 Quadratmeter im Enteignungsverfahren einverstanden, da ein freihändiger Kauf nicht vorteilhaft war. Von der ehemaligen Kaserne werden etwa 53 Meter Front zur Verbreiterung der Alexanderstraße bzw. zur Durchlegung der Waganzstraße niedergelegt werden. Diese Straße soll bis zur Straße an der Stadtbahn weitergeführt werden. Eine Verlängerung nach der Neuen Friedrichstraße mit einer Ueberführung der Stadtbahn ist vorgesehen.

Der Hochbahn-Tarif, welcher, wie gemeldet, definitiv noch nicht festgesetzt ist, unterliegt nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, vielmehr hat die Aktiengesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zu Berlin nach Ziffer 18 der ihr erteilten Genehmigungsurkunde in den ersten sieben Jahren des Betriebes das ausschließliche Recht der Festlegung der Beförderungspreise. Diese sind der Aufsichtsbehörde nur bekannt zu geben. Vom achten Betriebjahre aber ab hat die Aufsichtsbehörde das Recht der Genehmigung der Beförderungspreise und zwar nach Maßgabe der Bestimmungen des sog. Kleinbahn-Gesetzes (§ 14 Abs. 3), welches vorgeschrieben, daß das der Behörde zustehende Recht der Genehmigung der Beförderungspreise sich lediglich auf den Höchstbetrag derselben erstrecken soll. Hierbei ist, wie die citierte Gesetzesstelle besagt, „auf die finanzielle Lage des Unternehmens und auf eine angemessene Vergütung und Tilgung des Anlagekapitals Rücksicht zu nehmen“. Der behördliche Einfluß auf die Fahrpreise dieser Art ist also ein ziemlich beschränkter.

Gemischte Klassen in Berliner Gemeindefschulen. Schulklassen, in denen Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden, sogenannte gemischte Klassen, finden sich noch hier und da in den Gemeindefschulen Berlins. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen, da die seit 1888 eingeführten Rebenklassen für schwach befähigte Kinder fast ausnahmslos als gemischte Klassen

eingerichtet werden. Gegenwärtig sind im ganzen 114 gemischte Klassen vorhanden. 64 davon sind Rebenklassen (bei überhaupt 66 Rebenklassen). Unter den übrigen 50 gemischten Klassen sind 31 Rebenklassen, 14 Rebenklassen, 1 fünfte Klasse, 2 vierte Klassen, 1 zweite Klasse, 1 erste Klasse. Die für Berlin ganz ungewöhnliche Erscheinung, daß selbst in einer zweiten und einer ersten Klasse noch Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden, findet sich an der 16. Gemeindefschule in der Mohrenstraße.

Die Vorstände der Berliner Bäckereien wollen beim Handelsminister und beim Reichsanwalt Einspruch nachsuchen, um gegen die Ausnahmen von der Bäckereiverordnung Einspruch zu erheben, die zu Gunsten einiger Großbäckereien gemacht worden. Das Polizeipräsidium hat nämlich, auf § 105 o der Reichsgewerbeordnung gestützt, einigen Großbäckereien die Erlaubnis erteilt, des Sonntags über 8 Uhr morgens hinaus backen zu dürfen, um den Mehrbedarf ihrer Restaurationskundschaft an Sonntagen decken zu können. In Bäckereikreisen haben diese Ausnahmen große Erregung hervorgerufen, da sie als eine Bevorzugung des Großbetriebes vor dem Kleinbetrieb angesehen werden. Zunächst soll der Polizeipräsident um Zurücknahme der den Großbäckereien bewilligten Ausnahmen ersucht werden. Falls dies Ansuchen keinen Erfolg hat, soll die Angelegenheit dem Handelsminister und dem Reichsanwalt vorgelegt werden.

Reiche Leute an Silberfachen machten Einbrecher, die in der vorletzten Nacht im Erdgeschoss der Villa Leibnizstraße Nr. 77 Umsehen stellten, während die Bewohner im ersten Stock schliefen. Es fielen ihnen Gebrauchs- und Kunstfachen im Werte von rund 2500 Mark in die Hände, insbesondere 12 silberne Liqueurbecher, 2 Tablett mit dem Stempel S. Révire u. Sohn, 6 kleinere Liqueurbecher mit Tablett, P. G. gezeichnet, 6 größere und kleinere getriebene Becher, eine schwere silberne Wanduhr, eine Theekanne mit dem Namen S. Révire, eine Kaffee-, eine Thee- und eine Rahmkanne, ein Kaffeeservice (Kanne, Tassen, Underdose und Zahnenkanne), zwei Serviettenringe mit dem Zeichen B. H., zwei kleine Vasen, verschiedene Küchengeräte, Gabeln und Messer. Käufer dieser Silberfachen nahmen die Spuhuben vier kleine Eisenfiguren (Rattenfänger von Hameln, Faust, Gretchen und Venus), eine kleine elfenbeinerne Hermesstatue, einen schwarzbraunen Winterüberzieher mit Sammetkragen, Glacéhandschuhe und Lackstiefel mit. Der Bestohlene, Wagonfabrikant Gohenz, setzt auf die Ermittlung der Einbrecher und Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 300 M. aus.

Eine bekannte Straßenszene, den Hundescherer Otto Jacob, auch kurzweg „Hundejacob“ genannt, hat ein plötzlicher Tod hinweggerafft. Der Mann hatte in gewissem Sinne ein „bewegtes Leben“ hinter sich. Er war nämlich früher Tanzmeister und „Mauschmeißer“, dann Dienstmann. Seit zwölf Jahren hatte er einen etwas ruhigeren Beruf. Den Tag über handelte er in der Friedrichstraße mit jungen Händlern, abends am Berliner Theater mit Theatergästen. Als Hundescherer hatte er eine große Kundschaft. Im Straßenszenen war der große Mann mit seinem martialischen Schnurrbart und einem Gewicht von gut 280 Pfund eine ausgeprägte Figur, zumal wenn er seine Händchen auf seinen starken Armen trug. Am Sonntagabend sah man den Hundescherer zum letztenmal am Berliner Theater. Als er dann nach seiner Wohnung in der Friedrichstraße 34 zurückgekehrt war, machte ein Gehirnschlag seinem Leben ein Ende.

Nach Unterschlagung von 10 000 Mark flüchtig geworden ist der Buchhalter F. J. J. aus Hennigsdorf. Er war seit langen Jahren in der dortigen Dampfzuckerfabrik von A. Burg angestellt und genoss das volle Vertrauen seines Chefs. Die Unterschlagungen, welche offenbar jahrelang fortgesetzt worden sind, haben die Summe von etwa 10 000 Mark erreicht und sind aus allmählich angesammelten kleinen Beträgen angewachsen. Erst ein Zufall brachte die Unterschlagung ans Tageslicht. Ein Kunde fand in seinem Jahresabschluss eine Differenz von wenigen Mark, die der ungetreue Buchhalter zu verschleiern vergessen hatte. Hierüber zur Rede gestellt, antwortete er ausweichend, erschien aber am Sonntagmorgen nicht mehr auf dem Bureau. Erst am Nachmittag schöpfte man Verdacht und sandte in seine Wohnung; man stellte sich heraus, daß der Buchhalter unter Mitnahme einiger Gebrauchsgegenstände und etwa 150 Mark harten Geldes nach Berlin gereist war.

Mit 91 Jahren tödlich verunglückt ist der Rentner und Handelsgenosse Petrus Belowski aus der Stalhoferstraße 69. Der alte Herr war in seinem Viertel, in dem er seit 1870 wohnte, sehr bekannt. Bis vor sechs Jahren liebte er noch die Gesellschaft, und wenn das Wetter es nur irgend erlaubte, sah man ihn jeden Tag spazieren gehen. Nachdem ihm dann aber seine Frau im Alter von 82 Jahren gestorben war, schwand allmählich seine Lustigkeit. In den letzten Jahren verließ er die Wohnung nicht mehr, immerhalb seiner Räume aber bewegte er sich immer noch frei. Als der Kreis am Sonntagabend vor acht Tagen aus einem Rederaum nach dem Wohnzimmer zurückkehrte und sich wieder auf das Sofa setzen wollte, fiel er zu Boden und zog sich einen Oberschenkelbruch zu. Im Krankenhause am Urban erlag der Verunglückte nach acht Tagen den Folgen der Verletzung. Heute vormittag um 11 Uhr wurde er unter zahlreicher Teilnahme auf dem Emmausfriedhof in Hildesdorf zur letzten Ruhe bestattet.

Von einem schweren Mißgeschick betroffen wurde die Familie des Pförtners Pieper in der Landwehrstr. 23a. Die jetzt achtjährige Tochter Anna P. war fast ein Jahr lang schwer krank und mißte schließlich zu ihrer Genesung aufs Land gebracht werden. Seit einigen Monaten ziemlich genesen, besand sich dieses Kind wieder im Elternhause, wo es Mittwochmittag schwer verunglückte, indem es vom zweiten Stock in den Treppenschacht hinabstürzte und bewußtlos liegen blieb. Es hatte sich jedenfalls nach Kindesart über das Treppengeländer geneigt und das Gleichgewicht verloren. Seitdem liegt es ohne Besinnung.

Der in Leipzig verhaftete Polizeirevisor Wiesel vom Haupt-Jernsprechamt in Berlin, welcher nach Unterschlagung von 5000 M. amtlicher Gelder und unter Mitnahme der Wittig seiner Frau in Höhe von 17 000 M. flüchtig geworden war, wird schon in den nächsten Tagen dem Moabit-Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Da man größere Geldmittel bei dem Verhafteten nicht vorfand, so besteht die Vermutung, daß er die mitgenommenen Summen irgendwo heimlich hinterlegt hat.

Der Künstler-Klub des Vereins „Berliner Presse“ beginnt am Donnerstag, nämlich 3 Uhr abends, im Architektenhause, Prof. Gustav Oberlich hat zur Erörterung seines Vortrages: „Berlin nach hundert Jahren, eine künstlerische Phantasie“, eine Reihe von Slides geschildert, die bei jeder Gelegenheit dem Publikum zum erstenmale vorgeführt werden sollen. Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen von Kuelang, Lazarus, Speyer u. Peters, Boyte und im Berliner Presseklub, Unter den Linden 33.

Theater. In Hermann Sudermanns neuem Drama „Es lebe das Leben“, welches im „Deutschen Theater“ am nächsten Sonnabend, den 1. Februar, zum erstenmal in Szene geht, sind in den Hauptrollen die Damen Lily Waldner, Louise Dumont, Elise Weiss und die Herren Baffermann, Fischer, Holmeister, Kayler, Reichardt, Bauer, Schwager, Weinmann, Werthmann, Jünger beschäftigt. — Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung von „Familie Bourgeois“, Schauspiel in 5 Akten von Emile Augier, deutsch von Raphael Wittenfeld, für Mittwoch, den 5. Februar festgelegt. — Im Casino-Theater beginnt der humoristische Direktor Wilhelm Richter am Sonnabend ein neues Schauspiel. Er tritt in einer Rolle „Die lustigen Brüder“ auf. — Im Apollo-Theater geht Sonntag die Lustspielkomödie „König Kaya“ zum letztenmal in Szene. — In der „Wilde“ beginnt am 3. Februar ihr Schauspiel im Central-Theater.

„Über durch Paris“, die Pantomime des Circus Schumann, erhebt nur noch wenige Aufführungen, da sie im Monat Februar von einem andern Manège-Schauspiel abgelöst werden wird. Demnach wird die Pariser Pantomime nur noch diese Woche hindurch gegeben.



